Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1914

29 (4.2.1914) Erstes Blatt

Visual Library

No. 29. 1. Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 4. Februar 1914. 34. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 85 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Der Säbel in Braunschweig.

Mit bemerkenswerter Gelassenheit registriert die bürgerliche Presse die Nachricht, daß am letzten Sonntag in Braunschweig Blut geflossen ist. „Die erste Straßenschlacht unter der Regierung Ernst Augusts" lautete das Thema einer sozialdemokratischen Massenversammlung die an jenem Tage abgehalten wurde. Der ersten Straßenschlacht ist rasch die zweite gefolgt. Am Donnerstag war es der Gummiknüppel, am Sonntag der Säbel. Neun bis zwölf Personen sollen erheblich verletzt sein. Man sieht: die Regierung Ernst Augusts entwickelt sich.

Nach Elsaß-Lothringen Braunschweig. In Braunschweig wird jetzt alle paar Tage der Ruf nach dem freien Wahlrecht mit Knüppel- und Säbelhieben beantwortet. Wo bleibt die liberale Presse?

Allerdings von einem Konflikt zwischen Militär- und Zivilverwaltung kann in Braunschweig keine Rede sein. Vielmehr besteht, wie ohne weiteres anzunehmen ist, zwischen den verschiedenen öffentlichen Gewalten die schönste Harmonie. Die Polizei schlägt drein, solange sie kann. Kann sie nicht mehr, dann wird ihr in brüderlicher Hilfsbereitschaft das „Volksheer" zur Seite treten, um die zu Paaren zu treiben, die da glauben, der Braunschweiger habe einen Anspruch auf das gleiche Wahlrecht wie der Elsässer, der Badener, der Württemberger, der Bayer. Nein, der Braunschweiger bleibt auch unter welfischer Regierungsetikette Schicksalsgenosse des rechtlosen Preußen, und wenn er sich dagegen auflehnt, wird ihm die Freiheit mit Knüppel und Säbel ausgetrieben. Darüber besteht ganz sicherlich keine Meinungsverschiedenheit zwischen Militär- und Zivilbehörden.

Die bürgerliche Welt mag sich dabei beruhigen. Aber den Arbeitern im ganzen Reiche wird es nicht gleichgiltig sein, daß in den Straßen Braunschweigs Arbeiterblut fließt. Sie werden den Braunschweigern die gleiche Sympathie zuwenden wie den Elsässern. Und sie werden auch begreifen, daß der Kampf der Braunschweiger gegen Klassenwahlrecht und Polizeiregierung nicht weniger wichtig ist für die Zukunft des ganzen Reiches als der Kampf der Elsässer gegen Echtpreußentum und Militärdiktatur.

Derselbe Feind, der in Elsaß-Lothringen wie im Feindesland haust, herrscht auch in Braunschweig in wenig veränderter Gestalt. Ja, er ist hier noch viel mächtiger als dort. Elsaß-Lothringen hat immerhin einen Landtag, der mit dem Volke geht, es hatte bis jetzt Verwaltungsbehörden, die dem Volksempfinden wenigstens nicht völlig entfremdet sind. Er ist in seinem Vaterlande nicht so gänzlich verraten und verkauft wie der Braunschweiger in Braunschweig. Und selbst sein neuer Statthalter, wer immer er auch sein mag, wird sich voraussichtlich schwer hüten, solche Tänze aufzuführen wie sie jetzt schon beinahe alltäglich unter der jungen Regierung Ernst Augusts aufgeführt werden. Im Elsaß gilt das Volk immer noch etwas. In Braunschweig gilt es überhaupt nichts!

Der junge Herzog könnte aus der Geschichte lernen. Er hat selber lange genug das Brot der Verbannung gegessen, wenn ihm auch dank dem Reichtum seiner Familie die Butter dazu nie gefehlt hat. Er sollte die Gefühle derer kennen, die ihre Rechtsansprüche gegenüber einer brutalen Gewalt aufgeben müssen. Er sollte wissen, daß zum Zusammenbruch des Königreichs Hannover nichts so viel beigetragen hat, wie das volksfeindliche Regierungssystem seiner Herrscher. Und wenn er die Geschichte seines Hauses vergessen hat, so könnte er sich doch daran erinnern, daß selbst sein Schwiegervater in jüngeren Jahren den Ausspruch getan hat, er wolle nicht gleich zu Anfang seiner Regierung im Blute seines Volkes waten. Sollte sein Ehrgeiz darauf gerichtet sein zu zeigen, daß der Welfe noch schärfer sein kann als der Hohenzoller, und daß Braunschweig preußischer ist als Preußen?

Die Kleinstaaterei war dem deutschen Volk eine Last und Plage solange sie nichts anderes war als die Zerissenheit des Duodezdespotentums. Sie hat erst wieder Wert und eine gewisse Kraft bekommen, seit sie zu einem Gegengewicht wurde gegen das reaktionäre Allpreußentum. Ein Kleinstaat, der nichts anderes ist als ein Kleinpreußen ist eine lächerliche Ueberflüssigkeit, und je eher die verschwindet, desto besser ist es. Eine eigene Regierung zu haben, die doch keine eigene ist, sondern nur eine läppische Nachahmung der preußischen, das lohnt wahrhaftig nicht die Kosten einer eigenen Zivilliste. Nach den Erfahrungen der letzten Tage können die Welfen ja auch wirklich ganz einpacken. Es wird den Hannoveranern durchaus nicht gelüsten, aus dem preußischen Regen unter die welfische Traufe zu kommen!

Der politisch ganz sinnlose Widerstand der Braunschweiger Regierung gegen eine Demokratisierung des Wahlrechts läßt sich nur aus der vollkommenen Abhängigkeit Braunschweigs von Berlin erklären. Die Braunschweiger Regierung ist eine schlechte Dienerin der neuen Dynastie, wenn sie gleich ihren Regierungsantritt mit Bürgerblut besudelt. Sie ist aber eine sehr gute Dienerin Preußens, wenn sie mit aller Macht zu verhindern sucht, daß der demokratische Gedanke in Norddeutschland eine neue Position erobert. Der Sohn des Herzogs von Cumberland könnte politisch nichts Klügeres tun, als wenn er das Vorbild des einstigen Prinzen und jetzigen Königs von Bayern nachahmte, der sich in der ersten Kammer für das gleiche Wahlrecht einsetzte. Der Schwiegersohn Wilhelm II. opfert aber seine eigenen dynastischen Interessen, indem er zum Schaden des braunschweigischen Volkes tut, was Preußen nützt.

Preußen will nicht und kann nicht wollen, daß Braunschweig unter der neuen Dynastie ein besseres Wahlrecht bekommt als Preußen selbst. In dem Augenblick, in dem dies geschähe, würden auch in Preußen die Wellen der Wahlrechtsbewegung wieder hochgehen, das Beispiel des kleinen Landes würde im großen Nachbarstaat wie ein Signal wirken. Darin liegt aber für uns gerade die große Bedeutung des braunschweigischen Wahlrechtskampfes: dort wird nicht nur um das braunschweigische, sondern auch um das preußische Wahlrecht gekämpft!

Darum gehören die Gedanken der deutschen Arbeiter, ganz besonders auch der preußischen, den braunschweigischen Wahlrechtskämpfern. Sie stehen mit ihrem ganzen Herzen auf der Seite derer, die dort mit dem Säbel traktiert werden weil sie ihre staatsbürgerlichen Rechte fordern. Sie erneuern das Gelöbnis der Todfeindschaft gegen dieses verabscheuenswerte Herrschaftssystems, das auf ganz Deutschland wie ein Alb lastet, das mit dem Säbel das Vorrecht einer Kaste verteidigt und durch den Schrecken regiert.

Ein Gegner über die Sozialdemokratie.

Der Pfarrer Dr. Nieberowski befaßt sich in der neuesten Nummer der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Das katholische Deutschland" (1. Febr. 1914) mit dem Thema „Sozialismus und Katholizismus". Den Anlaß dazu gibt ihm ein Artikel unseres Breslauer Parteiblattes. Pfarrer Dr. Nieborowski, der wegen seiner Gegnerschaft gegen die interkonfessionelle Bachemrichtung bekannt und ein extremer Ultramontaner ist, rückt zunächst soweit wie möglich von der Sozialdemokratie ab, und er schreibt, es würde ihm nie und nimmer einfallen, Bündnisse mit den Sozialisten zu schließen, wie es von der anderen Richtung im Zentrum geschehen sei. Dann heißt es weiter:

„Aber dennoch müssen wir nach der Lektüre der maßgebenden sozialistischen Blätter sagen, daß die konservativen Blätter und vor allem die Zentrumspresse, die „Köln", (d. h. der Bachemrichtung. Red.) anhängt, die Sozialisten in einer Weise behandelt, die sie nicht verdienen, und die sie für immer mit Abscheu vor der monarchischen Gesellschaftsordnung erfüllen muß. Durch diese Art Behandlung gilt den meisten Katholiken jeder Sozialist von vornherein als ein innerlich verkommener Mensch, der an die Wahrheit seiner Ideen selbst nicht glaubt und nur aus moralischer Minderwertigkeit sich zum Sozialismus bekennt. Besonders in der letzten Zeit schimpft und schlägt „Köln" auf den Sozialismus in lärmender Weise, um die Abneigung gegen ein positives katholisches Programm und den Mangel eines solchen zu ersetzen, und gleichzeitig durch die „Sammlung aller bürgerlichen Parteien" einschließlich der Liberalen sich der Regierung zu empfehlen. Das machen wir in dieser Weise nicht mit. — **Es steht für uns fest, daß hunderttausende ernster und ernst zu nehmender sozialistischer Männer und Frauen aus reinem Idealismus dieser Idee anhängen, für sie schwere Opfer bringen, für sie leiden, weil sie glauben, dadurch wirklich der Menschheit zu nützen. Daß viel ideales Streben unter den Sozialisten lebt, zeigen ihre starken Erfolge in der Abstinenzbewegung.** Auch der Umstand, daß **sittlich zweifelhafte Anzeigen in ihren maßgebenden Blättern kaum zu finden sind,** dürfte zu beachten sein. . . . Der Sozialismus ist nun einmal eine Geistesrichtung, **eine Ueberzeugung hunderttausender verständiger und ernst zu nehmender Menschen** — und mit hämischem Hohn und Spott, wie es viele Zentrumsblätter ständig tun, wird man ihm kaum beikommen. Wer den Sozialismus und den Sozialisten nur mit Hohn und Spott, mit Haß und Verachtung behandelt, der arbeitet nur auf die Katastrophe hin. . ."

Pfarrer N. klagt die von ihm gekennzeichneten Politiker an, daß sie „die bürgerlichen Massen für den unvermeidlichen Kampf mit Haß und Fanatismus erfüllen wollen"; eine Politik der Liebe und Klugheit sei das nicht; man müsse das Edle in dem Streben der Sozialisten anerkennen und daran anknüpfen. Pfarrer N. verlangt Unmögliches. Von niemand wird das Gebot der Feindesliebe so mit Füßen getreten, wie von den Klerikalen, und die Klugheit ist bei ihnen zur Gerissenheit und Skrupellosigkeit entartet. Wenn sie aber das Edle im Sozialismus anerkennen wollten (Unedles will der Sozialismus überhaupt nicht!), so müßten sie auf ihre gesamte Politik verzichten. Darum lügen sie jenes Edle in der von Pfarrer Nieborowski gebrandmarkten Weise um und suchen es ihrem ahnungslosen Gefolge hinter wahren Wolken von Fälschungen und Verleumdungen zu verbergen.

Deutsche Politik.

Preußische Noblesse.

Der Landmann Jens Nissen aus Hömlund ist im Jahre 1910 als dänischer Untertan aus Preußen ausgewiesen worden, weil er in einem nord-schleswigschen Verein — Turnunterricht erteilt hatte. Nissen besitzt aber auf preußischem Gebiet ein Torfmoor und als er nach seiner Ausweisung eines Tages Torf abhob, wurde er verhaftet und wegen Bannbruchs eingesperrt. Nach Verbüßung dieser Strafe hielt man ihn noch zwei Tage völlig rechtswidrig im Gefängnis zurück, worüber sich Nissen nach seiner Rückkehr bei der dänischen Regierung beschwerte. Die Beschwerde erstreckte sich auch darauf, daß es ihm die preußische Regierung, entgegen dem Artikel 7 des Wiener Friedensvertrags, unmöglich mache, sein Grundstück zu bewirtschaften. Die preußische Regierung hat diesem schwer geschädigten Mann jetzt aus Billigkeitsgründen — 100 Mark geboten, wenn er sich verpflichtet, auf alle Ansprüche zu verzichten.

Die bisher geübte Steuermogelei

erfährt eine weitere Charakteristik durch die Tatsache, daß allein im Steuerbezirk der Stadt Mühlhausen in Thüringen die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag schon bis jetzt etwa zehn Millionen Mark Vermögen mehr ergeben hat, als bisher von den gewissenhaften Patrioten angegeben worden ist. Durch Beanstandung von etwa einem Fünftel der Erklärungen dürften noch weitere fünf Millionen Vermögen zutage kommen. Im kommenden Steuerjahr werden schätzungsweise **40- bis 50 000 Mk.** allein an Komunalsteuern mehr herausgeholt werden können und dies, obwohl das verflossene Jahr im Zeichen der Wirtschaftskrise stand. Man begreift, warum sich die Besitzenden stets aus Leibeskräften gegen eine Vermögenssteuer wehrten, bei der die Behörde die Möglichkeit einer Nachprüfung des wachsenden Besitzes hat.

Soldaten als Dienstboten.

Unter dem Wust von Resolutionen, die der Reichstag im Anschluß an die Verabschiedung der Heeresvorlage annahm, befand sich auch eine Resolution, in der eine Einschränkung des Burschenwesens verlangt wurde. Wie fast allen anderen Resolutionen, hat die Heeresverwaltung auch diesem Verlangen des Reichstags keine Folge gegeben. Im Gegenteil — das Burschenwesen scheint noch weiter ausgestaltet werden zu sollen. Durch einen Befehl des Kaisers ist nämlich angeordnet worden, daß zur Stellung von Burschen für Offiziere, die nach Berlin kommandiert sind, auch das 20. Armeekorps mit herangezogen werden soll. Dieses Korps steht an der russischen Grenze, die nach der Begründung der Wehrvorlage eines ganz besonderen Schutzes bedürftig sein soll. Trotzdem hält man es für angängig, gerade diesem Korps Mannschaften zu entnehmen, die dann in Berlin als Offiziersburschen Verwendung finden sollen. Aus den Offiziersburschen allein könnte man heute bereits fast ein ganzes Armeekorps aufstellen und nun vermehrt man noch die Zahl der Soldaten, die verfassungswidrig ihrer militärischen Ausbildung entzogen werden. Die Verwendung der Soldaten als Dienstboten der Offiziere ist gesetzlich in keiner Weise begründet. sie verstößt sogar direkt gegen die Verfassung. Der in Berlin und Potsdam stehenden Garde will man die Burschen in so großer Zahl nicht entnehmen, weil dadurch das Paradebild leiden könnte, deshalb entnimmt man die Mannschaften den Garnisonen an der angeblich höchst gefährdeten russischen Grenze!

Landtagseröffnung in Weimar.

Am Montag ist der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar nach fast einjähriger Pause wieder eröffnet worden. Die seit Jahren geforderte Vorlage eines Gesetzes über die Neuregelung der Städte- und der Gemeindeordnung ist dem Landtag nicht zugegangen.

Die elsaß-lothringische Krise.

Der Oberst v. Reutter ist zum Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 12 in Frankfurt a. O., nebenbei eines der vornehmsten Regimenter der Linie, ernannt worden, und den Leutnant v. Forstner hat man von Zabern nach Bromberg, von den „Wackes" zu den „Polacken", versetzt. Unwillkürlich fragt man sich, welchen Verlauf die ganze Zabern-Affäre wohl genommen hätte, oder ob der Zwischenfall überhaupt zu einer Affäre geworden wäre, wenn die Militärbehörde diese Maßregeln bereits im November des vorigen Jahres ergriffen hätte. Aber was hilfts, derartige Betrachtungen anzustellen? Das Geschehene ist nicht ungeschehen zu machen.

Nach Bethmann Hollwegs Ansicht läßt sich die Ruhe, die er herbeisehnt, am besten durch eine allgemeine Personalveränderung erreichen. Der Statthalter geht, der Staatssekretär und die Unterstaatssekretäre gehen, die beiden Offiziere und der Kreisdirektor Mahl werden versetzt. Aber was soll mit all diesen Personalverschiebungen bewirkt werden, wenn mit der neuen Regierung gleichzeitig kein neuer, preußischer Geist seinen Einzug im Elsaß hält?

Zwar redete auch am Montag abend wieder der „Berliner Lokalanzeiger", diese volkstümliche Ausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen", den Elsässern gut zu und stellt fest, daß die Ernennung des Grafen v. Roedern und des Grafen v. Stein unter Mitwirkung des Statthalters Grafen v. Wedel zustande gekommen sei.

„Dieser Umstand, so sagt er, gewährleistet in noch höherem Grad als bisher zugestanden wurde eine einheitliche Zusammenarbeit der Regierungskreise, sowie eine günstige Entwicklung der Verhältnisse im Reichsland, sodaß **von einer elsaß-lothringischen Krise füglich nicht mehr gesprochen werden kann.** Damit kommen nunmehr auch sonstige **Vermutungen über einen Personenwechsel an maßgebenden Stellen außerhalb des Reichslandes in Wegfall.**"

Aber diesen Optimismus des Herrn v. Bethmann Hollweg können wir nur insofern teilen, als er seine eigene werte Person betrifft. Zu behaupten, die elsaß-lothringische Krise sei abgeschlossen, verrät ein Maß von bureaukratischer Beschränktheit, wie sie nur im Kopfe eines echten Preußen seine Stätte haben kann. Die elsaß-lothringische Krise hat schon lange nichts mehr mit den Herren v. Reutter, Forstner und Zorn v. Bulach zu tun. Sie ist eine Teilerscheinung der allgemeinen deutschen Krise, die auf der Unvereinbarkeit der Ansprüche des Ostelbiertums mit den Forderungen der Kultur und auf dem Kampfe der preußischen Junker und ihrer Verbündeten gegen die Demokratie beruht.

Auch die Bauern verlassen die Kirche! Fast sämtliche Einwohner der rein evangelischen Gemeinde Klein-Umstadt (900 Einwohner), der Bürgermeister, Orts-, Kirchen- und Schulvorstand mit Ausnahme der amtlichen Mitglieder der beiden letzteren Körperschaften, haben ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche erklärt. Auffällig ist es, daß es sich hier um eine nur Landwirtschaft treibende Gemeinde handelt, die bisher für sehr **kirchlich** galt. Im verflossenen Jahre wurde eine ziemlich kostspielige Renovation der aus vorreformatorischer Zeit stammenden Kirche vorgenommen; vor einigen Jahren wurde ein neues, sehr schönes und zeitgemäßes Pfarrhaus erbaut. Differenzen mit der obersten Kirchenbehörde wegen eines bisherigen Schulhauses sind die Ursache des obenerwähnten Aufsehen erregenden Schrittes. Diese Notiz, die wir der „Frankfurter Kleinen Presse" entnehmen, wird von anderen hessischen Blättern bestätigt, die in kirchlichen Dingen gut orientiert sind. Der Fall zeigt die gefährdete Situation der deutschen Staatskirche auch dort, wo sie ihre festeste Stütze zu haben glaubte — auf dem Lande bei den Bauern.

Ausland.

Frankreich.

* **Der französische Parteitag.** Die Vormittagssitzung am Mittwoch wurde ausschließlich mit dem Bericht der Beschwerdekommission ausgefüllt.

In der Nachmittagssitzung sollte zunächst der Bericht der Resolutionskommission entgegengenommen werden. Compere-Morel erklärte, daß es sehr schwierig sei, die Agrarfrage in einem eingehenden Programm auf diesem Kongreß zu verhandeln. Er ersuchte, diese Frage dem nächsten Kongreß zu überweisen. Genosse Lauch verlangte dagegen, daß eine Kommission gewählt werde, die einige Punkte dieser Frage schon jetzt berate, damit sie in das Wahlprogramm der Partei für die nächsten Wahlen aufgenommen werden können. Gen. Brunelliere unterstützte diese Anregung, worauf Compere-Morel sich mit dem Vorschlag einverstanden erklärte. Der Parteivorstand wird dementsprechend mit der Ausarbeitung der Artikel für ein Agrarprogramm beauftragt.

Dann gab Gen. Jaures die von der Resolutionskommission vorgeschlagene Resolution zur Kenntnis. Der Kongreß unterstrich alle prinzipiellen Stellen durch lauten Beifall. Die einstimmige Annahme der Resolution rief minutenlangen Beifall hervor. Die Resolution erklärt, daß die Partei mit einer Politik voll sozialistischer Klarheit und in vollster Einheit in den Wahlkampf eintreten müsse. Die Partei bleibt unerschütterlich bei der Politik, aus welcher sie ihre Kraft, ihre Disziplin und ihren Fortschritt schöpft; bei der Politik welche im Gegensatz steht zu allen bürgerlichen Parteien, bei der Politik, welche aus ihr die Partei des industriellen und ländlichen Proletariats macht, die Partei des Klassenkampfes, der proletarischen Forderungen und des Befreiungskampfes. — Die Resolution spricht sich dann weiter gegen jeden Block aus, der nur den Charakter und die Theorien der Partei schädigen und ihre Kraft im Kampfe schwächen würde. Die bürgerlichen Parteien tragen alle die Verantwortung an den gegenwärtigen Zuständen. Aber es ist ein Unterschied zu machen zwischen ihnen. Die Resolution wirft hierauf den Nationalisten, den Imperialisten und Militaristen ihre Sünden am Volke und am Lande vor. Der reaktionäre Nationalismus ist an sich schon eine Gefahr und würde, wenn er zur Macht käme, den Krieg bedeuten, die Vernichtung der Arbeiterklasse, die Verbannung und Niedermetzelung ihrer Anhänger. Die Resolution wendet sich dann gegen den Briandismus. Die Partei allein ist es, die unermüdlich für die Unabhängigkeit Frankreichs, für den internationalen Frieden und die Organisation des bewaffneten Volkes kämpft. Indem die Partei gegen die 3jährige Dienstzeit streitet, bekämpft sie nicht nur ein absurdes und trauiges Gesetz, sondern sie bekämpft sie damit die ganze Politik der reaktionären Dummheit und Gewalt. Die Resolution erinnert an die Friedenskongresse in Basel und Bern; sie spricht sich für die deutsch-französische Annäherung aus, die ein definitives Zusammenwirken von Frankreich, England und Deutschland zur Folge hätte und damit die Bedingung schaffe für den Weltfrieden. Uebergehend zur Frage der Wahlreform, fordert sie auf, die Anstrengung zur Eroberung eines wahren proportionalen Wahlsystems zu verdoppeln, und wendet sich gegen den Senat, der durch seinen Widerstand gegen alle sozialen Fortschritte zu einer periodischen Gefahr für die Republik geworden sei. Die Resolution geht dann über zur Haltung der Partei bei den beiden Wahlgängen: Im ersten Wahlgang das reine sozialistische Programm, die sozialistische Theorie und Propaganda; im zweiten in Fortsetzung des ersten Wahlgangs Zusammenfassung aller Kräfte zur Niederwerfung der militärischen Reaktion und Kampf gegen die 3jährige Dienstzeit, gegen den Krieg, gegen den Chauvinismus und die militaristisch-klerikale Reaktion. Zum Schluß gibt die Resolution Anweisung an die einzelnen Föderationen, bei Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit sich doch stets im Wahlkampf in engster Fühlung mit dem Parteivorstand (Commission administrative permanente) zu halten.

Nach Annahme der Resolution über das Wahlprogramm und die Wahltaktik fanden die Wahlen statt. Auf Ersuchen des Genossen Dubreuilh wurden die redaktionellen und geschäftlichen Leiter der „L'Humanité" ohne weiteres wiedergewählt, ebenso die Mitglieder der Commission administrative permanente. An Stelle des verstorbenen Genossen Pressense trat Gen. A. Thomas. Die Beschwerde- und Kontrollkommission besteht aus den Genossen Bachert, Bonnet, Cheradame, Herve, Hubert-Rougier, Delory, Farinet, Klein und Nectoux. Genosse Renaudel schloß den Kongreß, dankte den Genossen von Amiens und des Departements Somme für die ausgezeichnete Organisation des Kongresses und unter dem Gesang der „Internationale" ging der Kongreß auseinander.

England.

* **Parteitag der englischen Arbeiterpartei.** Fast die ganze Sitzung vom 29. Januar war der Wahlrechtsfrage gewidmet. Der Parteitag sollte sich entscheiden, entweder für das Proportionalwahlsystem oder für das sogenannte alternative Wahlsystem. Die Debatte wurde eröffnet vom Genossen Unee, dem Vertreter des Londoner Gewerkschaftskartells. Er sprach sich für den Proporz aus, die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei von allen kapitalistischen werde erst durch den Proporz zur Wirklichkeit werden. — In wirkungsvoller Rede vertrat auch der Abg. Snowden, einer der leitenden Köpfe der I. L. P., wie der Genosse Anderson, der Vorsitzende derselben Organisation, die Idee des Proporzes. — Der Abg. Roberts als letzter Redner dieser Richtung faßte noch einmal alle Argumente für den Proporz zusammen. — Gen. Mac Donald sprach gegen den Proporz; er wollte und sollte für das alternative Wahlrecht eintreten. Seine Argumente für das letztere waren so wenig durchschlagend, daß man schon vor der Abstimmung den Eindruck hatte, seine Meinung gehe dahin, am besten beide Wahlrechtsvorschläge dem Proporz samt dem alternativen Wahlrecht zu verwerfen. Die ganze Debatte stand unter dem Eindruck, daß eine schroffe Forderung auf Reform des Wahlrechts den Bruch mit den Liberalen herbeiführen könne. — Der Abg. Snowden erklärte, daß ohne Hilfe der Liberalen kein Arbeiterkandidat gewählt würde, eine Bemerkung, der zwar von Mac Donald heftig widersprochen wurde, aber es mußte doch zugegeben werden, daß eine große Zahl der jetzigen Mandate bei einem Bruch mit den Liberalen verloren gingen. Die Abstimmung wurde nach Organisationen vorgenommen. Der Proporz wurde verworfen mit 1380 gegen 704 Stimmen. Der Bergarbeiterbund mit seinen 600 Stimmen gab dabei den Ausschlag gegen den Proporz. Mit fast der gleichen Stimmenzahl, mit 1324 gegen 632 wurde dann auch das alternative Wahlrecht verworfen. Das Endresultat ist nun, daß eigentlich alles beim alten bleiben soll und wenn die Fraktion sich streng an die Beschlüsse des Parteitages hält, muß sie im Parlament gegen jede Aenderung des bestehenden Zustandes stimmen. Die liberale Regierung dürfte, da das gegenwärtige Wahlsystem unhaltbar erscheint, das alternative Wahlrecht vorschlagen.

Die anderen Gegenstände der Tagesordnung boten nach der Erledigung der Wahlrechtsfrage nur noch unerhebliches Interesse. Der Antrag, einen Zentralfonds zu schaffen, aus dem der Vorstand Unterstützungen an die einzelnen Wahlkreise und schwachen Organisationen gewähren sollte, wurde von Mac Donald bekämpft und abgelehnt. Gegen den Syndikalismus wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die erklärt, daß die Befreiung der Arbeiter nur durch die kombinierte gewerkschaftliche und politische Aktion erreicht werden könne, nicht durch einseitige Betätigung des einen oder anderen Zweiges der Arbeiterbewegung. Bemerkenswert ist ferner die Annahme einer Resolution, in der als Ziel der Arbeiterbewegung die Vergesellschaftlichung von Grund und Boden und industriellem Kapital erklärt wird. In früheren Jahren hat bekanntlich die I. L. P. alle Versuche, sie auf ein sozialistisches Programm festzulegen, als für die Arbeiterpartei gefährlich immer abgewiesen. Genosse Bruce Glasier, der diese Resolution im Namen der I. L. P. begründete, betonte, daß damit der Partei nicht ein bestimmter Glaube aufgezwungen werden solle. Sie solle nur Gelegenheit haben, ein bestimmtes Glaubensbekenntnis öffentlich abzugeben. Trotz des Einspruchs eines Delegierten, der befürchtete, daß die Annahme der Resolution der Arbeiterpartei viele Stimmen kosten würde, fand sie eine sehr große Mehrheit.

Mit der Berichterstattung über den finanziellen Stand und die Redaktion der Arbeiter-Zeitung schloß die Sitzung.

In der Schlußsitzung wurden noch eine Reihe von Anträgen erledigt. Ein Antrag der Gewerkschaft der Typographen, die Partei möge dahin wirken, daß Tarife, die zwischen Unternehmern und Arbeitern abgeschlossen werden, gesetzlich bindende Kraft erlangen, wurde abgelehnt, obwohl er auch von dem Abg. Roberts unterstützt worden war. Weitere Anträge beschäftigten sich mit der praktischen Lösung der Grund- und Bodenfrage und mit der Schaffung billiger Wohnungen aus Staatsmitteln.

Die Fraktion erhielt den Auftrag, im Parlament die Einsetzung einer Untersuchungskommission zu beantragen, der die Prüfung der Frage, inwieweit es möglich sei, die Preise der notwendigen Lebensmittel gesetzlich zu regulieren, zugewiesen werden soll.

Genossin Philips brachte noch eine Resolution zur Rüstungsfrage ein und begründete sie in äußerst temperamentvoller Weise. Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. — Ein Antrag, energisch für das Frauenwahlrecht einzutreten, wurde fast einstimmig angenommen, der beantragte Zusatz aber, die Fraktion habe gegen die Vorlage auf Abschaffung des Pluralwahlrechts zu stimmen, wenn die Frauen kein Wahlrecht erhielten, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Endlich fand noch ein Antrag Annahme, der eine Verbesserung der Krankenversicherung der Frauen wünscht.

Damit waren die Arbeiten des Parteitages der englischen Arbeiterpartei erledigt.

* **Wirtschaftliche Kämpfe in England.** Die Aussperrung einzelner Branchen im Londoner Baugewerbe ist von dem Kartell der Gewerkschaften in der Bauindustrie mit dem Streik der an denselben Bauten beschäftigten anderen Branchen beantwortet worden. Die Londoner Unternehmerorganisation soll beabsichtigen, die Betriebe in London völlig still zu legen und nötigenfalls den Landesverband der Bauunternehmer zu einer allgemeinen Aussperrung zu veranlassen, um die geplante Unterstützungsaktion der Gewerkschaften zu erschweren.

Die Gefahr eines ähnlichen Konfliktes in der Londoner elektrischen Industrie, deren Arbeiter eine Lohnerhöhung von 12 Pfg. pro Stunde fordern, ist anscheinend beseitigt, da die Unternehmerorganisation mit der Gewerkschaft der Elektriker in Unterhandlung getreten ist.

Von den streikenden Kohlenarbeitern haben bis jetzt 1500 bei solchen Firmen, die die Forderungen der Gewerkschaft bewilligt hatten, die Arbeit aufgenommen, u. a. auch in den Genossenschaftsbetrieben. Die Wiedereingestellten haben einen täglichen Extrabeitrag von einer bezw. zwei Mark an den Streikfonds abzuführen. Am Donnerstag wird die Organisation der Arbeiter über das Vermittlungsangebot des Handelsministeriums entscheiden.

In Dublin sind immer noch rund 12 000 Ausgesperrte bezw. Gemaßregelte. Eine Gewerkschaft nach der andern gestattet den Mitgliedern die Wiederaufnahme der Arbeit dort, wo der bekannte gegen die Mitgliedschaft im Transportarbeiterverbande gerichtete Revers nicht gefordert wird. Diese Forderung aber halten die meisten Unternehmer aufrecht, zumal ihre Betriebe mit Arbeitswilligen besetzt sind, sodaß der heroische Kampf der Dubliner Arbeiter trotz der prachtvollen Solidarität der englischen Gewerkschaften als verloren angesehen werden muß. Die Not unter den noch Ausgesperrten muß unbeschreiblich sein, zumal seit einigen Wochen die Unterstützungsaktion ins Stocken geraten ist, wohl zumeist infolge des unverständlichen Verhaltens Larkins, der fortfährt, in öffentlichen Versammlungen in allen Großstädten die alten englischen Gewerkschaften, ihre Führer und die Arbeiterpartei mit Schmutz zu bewerfen. Dabei ist es nur diesen zu verdanken, daß der Kampf überhaupt unterstützt und er selbst aus dem Gefängnis wieder befreit werden konnte.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

51 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

9. Oktober. Wir haben wieder Sommer, trotz des Kalenders. Es ist 7 Uhr abends. Die Luft ist schwül und mit Elektrizität geladen. Fern am Himmel zieht ein Gewitter herauf. Die Aufseher vom Tag bereiten sich vor, den Dienst zu verlassen, und ihn ihren Kollegen der Nacht abzutreten. — Aengstlich schauen sie nach dem Himmel aus. „Das gibt ganz sicher ein Gewitter heut Nacht, zum Kuckuck noch mal — höre ich sie zueinander sagen. Um halb acht liegt das ganze Zuchthaus zu Bett. Ein paar Stunden später fährt man aus dem ersten Schlaf, vom Donner und Regengeprassel geweckt. Plötzlich erhebt sich ein Höllenlärm: alle Riegel werden mit Spektakel zurückgeschoben, Schlüssel knirschen in den Schlössern, eilige und hastende Schritte dröhnen auf dem Korridor. Was gibts? Man lauscht. Nichts. Totenstille folgt dem Lärm. Nur der Donner knarrt noch ein bischen in der Ferne; dann ist das Gewitter vorbei. Plötzlich erhebt sich wieder der Spektakel von vorhin. Die Riegel knarren, die Schlösser knirschen, eilige Schritte — dann alles wieder still. Was ist geschehen? Das Reglement belehrt uns darüber: „Wenn ein Gewitter während der Nacht ausbricht, haben die Aufseher vom Tag ins Zuchthaus zurückzukehren, um ihren Kollegen im Oeffnen der Zellentüren behilflich zu sein, damit das Gebäude im Falle einer Feuersbrunst augenblicklich geräumt werden kann." Diese menschenfreundliche Vorsicht der Verwaltung ist gewiß nur lobenswert.

14. Oktober. Ein vorzüglicher, nachsichtiger und mitfühlender Mensch ist der Lehrer hier, der seit langen Jahren nur in Zuchthäusern unterrichtet und eine ungeheuere Erfahrung hat. Natürlich kann er eine Menge interessanter Anekdoten erzählen:

Ich lasse ihm selbst das Wort:

„Ein paar Jahre im Zuchthaus zuzubringen, wenn man jung und stark ist, das läßt sich schon ertragen. Aber wenn man 69 Jahre alt und blind ist, und sein ganzes Leben lang reich war, dann ist die Sache sehr schlimm. Als ich Lehrer im Zuchthaus von Y. war brachte man uns einen solchen Mann, einen Juden! für acht Jahre. Der Unglückselige! Er war wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verurteilt, und seine Glaubensgenossen taten das Menschenmögliche, um seine Begnadigung zu erwirken, vergebens. So oft ich ihn in seiner Zelle besuchte, klammerte er sich an mich und flehte, doch nur noch einen Augenblick zu bleiben und mit ihm zu plaudern. Die Aufseher aber wollten zuletzt gar nicht mehr zu ihm hineingehen, weil er sie immer weinend beschwor, ihn doch nicht zu verlassen. Der unglückliche Greis starb nach 3 Jahren. Bei der Nachricht von seinem Tod kamen zwei reiche jüdische Bankiers, Freunde von ihm, wuschen seinen Leichnam, kleideten ihn an und veranstalteten eine großartige Beerdigung. Die waren anders als der christliche Vater, dessen Sohn verkommen war und hier im Zuchthaus starb. Dieser Vater schickte nicht einmal die vorgeschriebenen dreißig Mark für die Beerdigungskosten seines Sohnes, obwohl er reich war. Er schrieb dem Direktor: „Da sein Sohn nicht auf ihn gehört habe, hätte er jetzt, was er verdiente. Seine Leiche solle nicht auf den Kirchhof, sondern in den Seziersaal gebracht werden, dann sei sein Sohn doch einmal zu etwas nütze auf der Welt."

Eine andere Geschichte des Lehrers:

„Eines Tages traf ich auf der Straße einen Mann, den man am selben Morgen im Zuchthaus entlassen hatte. Er bummelte herum und wollte auf den Zug warten, der ihn in sein Dorf zurückbringen sollte. Da ich fürchtete, daß ihm der Müßiggang auf schlechte Gedanken bringen könnte, redete ich ihn an, nahm ihn mit nachhause und gab ihm ein Mittagessen. Als wir an meine Wohnung angekommen waren hattte ich den Schlüssel unter der Strohmatte herausgenommen, wo ihn beim Ausgehen meine Frau zu verstecken pflegte. Nachmittags zur richtigen Zeit setzte ich meinen Gast dann in den Zug, der ihn in seine Heimat brachte. Kurze Zeit darnach erhielt ich einen Brief von ihm, in dem er mir mitteilte, es sei eine unglaubliche Unvorsichtigkeit von mir gewesen, einem alten Einbrecher, wie ihm, zu zeigen, wohin ich den Hausschlüssel versteckte. Er hätte die größte Lust gehabt, am nächsten Tag zurückzukehren und meine Schubladen auszuräumen. Nun, da die Versuchung vorüber sei, halte er es für seine Pflicht, als ehrlicher Mensch, mich zu warnen, damit ich das nicht noch einmal täte."

Eine andere Anekdote:

Im Zuchthaus zu W. . . . . lernte ich einen sehr begabten Bildhauer kennen, der wegen verschiedener Einbruchsdiebstähle zu 22 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Da seine Führung die langen Jahre hindurch tadellos war, so wurde er zuletzt als Schreiber angestellt. Er war stets höflich und zuvorkommend gegen jedermann und leistete der Verwaltung als Schreiber vorzügliche Dienste. Kurz man schwur nicht höher als auf ihn in der ganzen Anstalt. Seine verbrecherische Vergangenheit bereute er aufrichtig, sodaß wir alle felsenfest überzeugt waren, Peter würde als geläuterter Mensch wieder ins Leben hinausgehen. Als er entlassen war, begab er sich zunächst nach Berlin wo sein Bruder Opersänger war. Dieser empfing ihn sehr freundlich, schob ihn dann aber gleich nach Hannover ab, da ihm nicht viel daran lag, einen ehemaligen Zuchthäusler als Bruder um sich zu haben. In Hannover angekommen, suchte Peter gleich Arbeit, aber die Offenheit, mit der er überall seine zweiundzwanzig Jahre Zuchthaus sogleich erwähnte, verschloß ihm alle Türen. Müde von dem aufreibenden Kampf ums tägliche Brot, blieb ihm nichts anderes übrig, als wieder zum Dieb und Einbrecher zu werden, und eines Morgens ließ mich der Zuchthausdirektor rufen:

„Wen meinen Sie, daß man soeben gebracht hat? Unsern Peter."

„Unmöglich!"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Ein Lehrerstreik ist soeben in der Grafschaft Nottinghamshiere dadurch vermieden worden, daß die Schulbehörde mehreren hundert Lehrern, die ihre Stellung zum 1. Februar gekündigt hatten, die verlangte Aufbesserung von 200 bis 400 Mk. pro Jahr bewilligte. Zwar hatte man alle Hebel in Bewegung gesetzt, „arbeitswillige" Lehrer zu finden, doch war der Erfolg dieser Anstrengungen so mager, daß man wohl oder übel die Forderung des Lehrerverbandes bewilligen mußte.

Aus der englischen Streikbewegung. Die Elektrizitätsarbeiter machen sich den Londoner Bauarbeiterstreik zunutze. Sie verlangen sofort Bewilligung der geforderten Lohnerhöhung von 12 Pfg. pro Stunde und haben auf einigen größeren Bauten die Arbeit schon eingestellt. Sollte ihre Bewegung eine allgemeine werden, so wollen sich auch die Heizer und Maschinisten anschließen. Die Kohlenarbeiter haben auf Beschluß ihrer Organisation allgemein die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß ihre Forderungen vom Unternehmerverband bewilligt wurden, doch hatte ihnen dieser versichert, daß er die vor Ausbruch des Streiks gemachten Zugeständnisse aufrechterhalten werde.

Eine Konferenz der Transportarbeiter-Föderation, die soeben in Glasgow tagte, beschloß, jede Verbindung mit Lirkin, dem Führer der Dubliner Arbeiter, abzubrechen und ihn auch in keiner Weise mehr zu unterstützen. Larkin hat nämlich u. a. auch einem Vorstandsmitgliede der Föderation, dem Vorsitzenden des Seemansverbandes, den Vorwurf gemacht, daß er den Dubliner Unternehmern Streikbrecher geliefert habe. Wiederholten Aufforderungen, seine Beschuldigungen zu beweisen oder zurückzunehmen, ist Larkin weder in diesem nach in anderen Fällen nachgekommen. Unter diesen Umständen ist es aber nur zu verständlich, daß die Hilfsaktion für Dublin fast vollständig ins Stocken geraten ist. Die Dubliner Erfahrungen dürften übrigens der von einzelnen Syndikalisten in letzter Zeit so stark propagierten Idee der Sympathiestreiks und ähnlicher revolutionärer gymnastischer Uebungen einen harten Stoß versetzen, wozu auf der anderen Seite auch die immer mehr sich bemerkbar machende Konzentration der Unternehmerorganisationen beiträgt.

Badischer Landtag.

Der gestrige 5. Tag der Generaldebatte über das Ministerium des Innern war vor allem größeren Aeußerungen der verschiedenen Parteien über die vorgestrigen Ausführungen des Ministers Bodman gewidmet. Nachdem zuerst Abg. Rebmann nochmals die Notwendigkeit des Großblocks betont und die veränderte Stellung des Zentrums zu seiner Partei fein charakterisiert hatte, kam Gen. Kolb zu Wort. Eingangs seiner Ausführungen die eigenartige Stellungnahme des Zentrums zum Proporz kurz beleuchtend, wandte sich unser Redner dann den Ausführungen des Ministers zu, den er auf die Notwendigkeit einer liberalen Politik aufmerksam machte. Alsdann ging unser Redner dazu über, unsere Stellung zur Religion, zu Vaterland, Heer und Staat kurz zu charakterisieren, dabei scharf betonend, daß sich aus all unseren Auffassungen keine Handhabe gebe, um uns die Gleichberechtigung abzustreiten, für die wir mit allen Kräften arbeiten werden.

Der folgende Redner, Abg. Venedey, wandte sich eingangs gegen die Bedenken der Regierung in der Frage des Proporzwahlrechtes, dessen Einführung der Minister schon aus seiner Stellung gegen den Großblock befürworten müßte, um alsdann nach einer kurzen Charakterisierung des Freiheitsbegriffs des Zentrums, sich ebenfalls gegen die Ausnahmebehandlung der Sozialdemokratie durch die Regierung zu wenden.

Nach einigen Ausführungen des Zentrumsabg. Röckel der sich bemühte, die Toleranz seiner Partei zu beweisen, kam Herr v. Bodman nochmals zu Wort, um sich über seine Stellung zur Sozialdemokratie zu äußern, ohne jedoch hierbei etwas Neues vorzubringen; es sei denn, daß man Klarheit darüber erhielt, daß der Minister andere Anschauungen, als die der badischen Regierung, schwer zu verstehen vermag. Am Donnerstag geht die Debatte fort.

Kleines Feuilleton.

Freiheit der Kunst in Preußen.

Zu dem Kapitel preußische Kultur hat das Oberverwaltungsgericht zu Berlin einen neuen traurigen Beitrag geliefert. Es hat durch sein Urteil vom 26. Januar die Klage der Freien Volksbühne gegen das Zensurverbot des Dramas von Rosenow „Die im Schatten leben" abgewiesen. Für die Freiheit der Kunst in Preußen bedeutet dieses Urteil geradezu eine Katastrophe.

Alle, die Rosenows Stück kennen, werden dem Vertreter der Freien Volksbühne zustimmen, der vor dem Oberverwaltungsgericht ausführte, dieses Stück sei das mildeste und ruhigste Arbeiterdrama, das die naturalistische Literaturperiode hervorgebracht habe. Zwar wird darin die Armut und Abhängigkeit der westfälischen Arbeiter in niederdrückender Weise geschildert, aber in der ganzen Handlung findet sich auch nicht der leiseste Versuch der Arbeiter, sich gegen die Unterdrückung aufzulehnen. Kein Streik mit nachfolgenden Tumulten wie in Hauptmanns „Webern", keine Dynamitexplosion wie in Björnsons „Ueber unsere Kraft", auch nicht ein einziges Wort findet sich darin, das den Rahmen objektiver Schilderung überschreitet! Dem Berliner Polizeipräsidium hat aber diese Schilderung nicht gefallen und den Richtern des Oberverwaltungsgerichtshofs auch nicht, darum ist das Stück verboten worden und bleibt für Berlin verboten, nachdem es in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Frankfurt a. M. unbeanstandet aufgeführt worden ist!

Man hat die Freie Volksbühne der Zensur unterstellt, trotzdem eine Reihe der angesehensten Dichter und Gelehrten Deutschlands diese Maßregel als vollkommen unbegründet zurückwies, trotzdem die Freie Volksbühne in einer ruhmvollen zwanzigjährigen Arbeit bewiesen hatte, daß die freie Kunstausübung im Rahmen einer modernen Arbeiterorganisation der polizeilichen Obhut nicht bedarf. Man hat dann die Oeffentlichkeit zu beruhigen versucht mit der Erklärung, daß diese Maßnahme von keinerlei Uebelwollen gegen die Freie Volksbühne diktiert sei, und selbst der erzreaktionäre Polizeiminister v. Dallwitz versicherte im Dreiklassenhause, er bringe den Kulturbestrebungen der Freien Volksbühne volle Achtung entgegen und beabsichtige nicht, ihnen etwas in den Weg zu legen.

Ein Jahr später kam das Verbot dieses Stückes mit der aufreizenden Begründung, daß es sich zur Aufführung vor einem Arbeiterpublikum nicht eigne. Bürgerpublikum und Arbeiterpublikum werden von der Zensur mit verschiedenen Ellen gemessen: selbst auf dem Gebiet der Kultur wird der Grundsatz des zweierlei Rechts, des Klassenrechts ungescheut proklamiert!

Und jetzt ist das so begründete Verbot vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden. Dem Ansehen, das sich die proletarische Freie Volksbühne durch ihre Arbeit in der ganzen Welt errungen hat, wird dieser neueste Schlag nicht schaden. Er trifft aber mit seiner ganzen Wucht das in Preußen herrschende System, das im Lande der Dichter und Denker wie im Feindeslande haust.

23. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer.)

gr. **Karlsruhe**, 3. Februar.

Präsident Rohrhurst eröffnet die Sitzung ½10 Uhr.

Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissäre.

Eingegangen sind Petitionen: der Bezirksvereinigungen Baden des Verbandes deutscher Apotheker um gesetzliche Regelung des Apothekerkonzessionswesens; des Vereins badischer Landstraßenwärter um weitergehende Verbesserung der Lage der Straßenwärter; von Vertretern der beteiligten Gemeinden und Interessenten um Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn von Wolfach nach Rippoldsau; Beitritt der Handelskammer Schopfheim zu der Petition um Erbauung einer Bahn ins kleine Wiesental und der Vertretungen der beteiligten Gemeinden um Erbauung einer Bahn von Schopfheim über Gersbach nach Todtmoos.

Fortsetzung der Generaldebatte über das Ministerium des Innern.

Abg. Rebmann (natl.): Bei der allgemeinen Finanzdebatte sprach sich der Herr Minister über den Gang der Verhandlungen befriedigend aus. Seine gestrigen Ausführungen lauteten anders; man kann sie zusammenfassen: Ihr seid Sünder allzumal. Was den **Großblock** betrifft, so lehnte ihn der Minister zwar ab, erklärte jedoch, die Motive dafür zu verstehen. Es ist zuzugeben, daß das taktische Zusammengehen von zwei so verschiedenen Parteien wie Nationalliberale und Sozialdemokraten etwas widersinniges hat; es läßt sich dies jedoch nicht umgehen. Wir sind zusammengegangen und müssen weiter zusammengehen unter dem Zwang der Verhältnisse gegen den Klerikalismus. Außerdem konnte der Minister keinen Umstand finden, der beweist, daß unser Programm durch das Zusammenarbeiten irgendwie beeinflußt wurde. Wir sind daher ohne irgend einen inneren Schaden aus dem letzten Wahlkampf hervorgegangen. Was die Frage betrifft, ob ein alleiniges Vorgehen besser wäre, so prüften wir diese, kamen jedoch zu der Ueberzeugung, daß dieser Weg die Stimmen des Zentrums vernehmen müßte. Die Leute, die ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ablehnten, kamen zur Reichspartei und fielen dann dem Zentrum in die Hände und boten ein ebenso unerfreuliches Bild, als das, bei dem Abg. Kolb mit Herrn Wacker Arm in Arm in die Festhalle zog (**Zwischenruf:** Wann? Abg. **Kolb:** 1897). Das Zentrum liebt es, auf Risse hinzuweisen, die bei anderen Parteien bestehen, wie z. B. auf die Großblockgegner. Das Zentrum hat gerade infolge seiner Gewerkschaftszwistigkeiten wenig Ursache dazu. Wir halten an dem Ziel des Wahlkampfs unverrückbar fest. Die Entwicklung ist seit 1904 ganz unverrückbar verlaufen. Der Gedanke der Koalition der Parteien wird ohne weiteres nicht auszumerzen sein. Was 1917 geschieht, weiß ich heute noch nicht. Wenn die Verhältnisse so liegen, wie in der Vergangenheit, so werden sich die Parteien ganz automatisch zusammenfinden, um zu tun was notwendig ist. Was das Verhältnis zum Reichstag betrifft, so werden die großen Machtfragen im Reichstag behandelt; deshalb ist uns dort ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nicht möglich. Im Landtag stehen jedoch die Kulturfragen im Vordergrund; da müssen wir gegen das Zentrum auftreten. Der Minister beschäftigte sich eingehend mit der Sozialdemokratie. Man sollte jedoch einzelnen Aeußerungen nicht eine so große dokumentarische Bedeutung zumessen. Es gibt ja Registraturen, wo man alle Aeußerungen auffinden kann, mit denen sich schließlich alles beweisen läßt. Das Zentrum hat z. B. gute Registraturen. Ueber das Einzelne steht jedoch die praktische Stellung. Da ist z. B. das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Deckungsvorlage, das mir als eine große Tat erscheint. Mehr Bedenken scheint mir die zunehmende Materialisierung der Massen durch die Sozialdemokratie einzuflößen. Früher bildete die Zukunftsforderungen wenigstens ein Ideal, das jedoch heute immer mehr verschwindet. Heute herrscht der Geldbeutel, die Gewerkschaften. Auf dem Wege der Kapitalisierung sind die Gewerkschaften schon einen Schritt nach vorwärts gezogen. Was uns von der Sozialdemokratie trennt, der Zukunftsstaat, liegt weit von uns; was uns jedoch vom Zentrum trennt, liegt mitten unter uns. Der Gewissenszwang des Zentrums usf. bedroht uns ständig. Die Stellung des Ministers gegen den Großblock ist nicht neu. Herr Kopf war befriedigt darüber. Ob er aber nach der zweiten Rede des Ministers noch befriedigt war, möchten wir bezweifeln. Eine gemeinsame christliche Weltanschauung ist in der gesamten Zentrumspresse abgelehnt worden; es wurde gesagt, daß es eine katholische und eine evangelische Weltanschauung gebe, jedoch keine gemeinsame. Bei der Jesuitenfrage werde ich erst dann auf die Seite des Zentrums gehen, wenn bei Ihnen (zum Zentrum) eine einheitliche Auffassung über die Jesuiten besteht, wenn klargestellt wird, was richtig ist: die Aeußerungen des Herrn Schofer, der einen Lobeshymnus über die Jesuiten anstimmte, oder die des Kardinals Hohenlohe, der sie als eine Landplage bezeichnete. Außerdem sollte sich das Zentrum damit an die rechtsstehende Vereinigung wenden. Mit Interesse hörten wir, daß Abg. Kopf den Proporz in der Gemeinde als gut bezeichnet. Wir werden uns dieser Ausführungen erinnern. Es freut uns, daß Herr Kopf uns ein langes Leben wünscht. Die Zeiten sind noch nicht lange vorbei, wo Sie sagten, wir werden einmal in eine Postkutsche rein gehen (Zwischenruf im Zentrum: Das sagte Abg. Venedey. Abg. **Venedey** (zum Zentrum): Wenn schon; dann riefen Sie bravo dazu. Heiterkeit). Der Grund, der uns vom Zentrum trennt, ist ein so tiefer, und liegt so sehr in der Weltanschauung begründet, daß hier keine Brücke hinüberführt. Auch beim Zentrum gibt es einen Fraktionszwang und deshalb sollten Sie nicht ständig damit umwerfen, wenn bei unserer Partei ein gemeinsamer Wille zum Ausdruck kommt. Der Herr Minister erklärte, daß vom Zentrum konfessionlle Absonderung betrieben wird, die ihn abstößt. Wenn man dies jedoch konstatiert, dann heißt es beim Zentrum, der stört den konfessionellen Frieden. Dies wird der Minister auch noch erfahren. Der Grad der konfessionellen Verhetzung, der Umfang, in dem die katholische Geistlichkeit in den Wahlkampf eingreift, hat den höchsten Grad eingenommen. Geben Sie uns die Tausende von Agitatoren, die Sie haben, dann sollen Sie sehen, was wir erreichen. Der Mangel einer freien Weltanschauung ist für uns jedoch die sichere Gewähr, daß die Zentrumsbäume nicht in den Himmel wachsen. (Beif.)

Abg. **Kolb** (Soz.:

Es gibt eine Reihe Gemeindeverfassungen, die uns sehr wohl als Vorbild dienen könnten. Ich halte es für verfehlt, wenn der Minister meint, daß man hier vorerst an eine Aenderung nicht denken kann. Aus der Denkschrift zur **Verhältniswahl** komme ich zu der Ansicht, daß dem Verfasser die Vorteile wohl einleuchten und mir scheint, daß bei dem Endergebnis der Umfall des Zentrums eine Rolle spielt. Das Zentrum tritt für den Proporz in den Städten ein, weil es Vorteile davon hat, den Proporz im Lande lehnt es jedoch ab. Eine eigenartige Stellung! Der Minister zog nicht die Konsequenz aus seiner Auffassung, indem er wohl die Gefahr des Zentrums schilderte, jedoch ein Mittel nicht angab, wie man diese Gefahr bekämpft. Wenn man die

Mittelparteien

aufrecht erhalten will, wie es der Minister wünscht, so muß man eben eine liberale Politik treiben. Ich halte es für ein Glück, daß die Elemente in der nationalliberalen Partei, die nicht liberal sind, allmählich nach rechts abmarschieren. Damit wird Klarheit geschaffen. In der nationalliberalen Partei spielen die Gegner des Großblocks eine große Rolle. Deshalb rücken die wirklich liberalen Leute noch weiter nach links. Mit Ihnen (zum Zentrum) kann man keine liberale Politik machen. Sie haben keine Grundsätze und ändern ständig Ihre Ansichten. Das beweist jetzt wieder ihre Stellung zum Proporz. Die Nationalliberalen können mit dem Zentrum nicht zusammenarbeiten, weil das Zentrum keine liberale Politik machen kann. Das Zentrum liebt es, Herrn v. Bodman als

Großblockminister

zu bezeichnen. Dies stimmt nicht. Ich verstehe den Herrn Minister nicht. Er bezeichnet den Fortschritt des Zentrums als eine große Gefahr. Er vermag sich jedoch nicht dazu aufzuschwingen, mit den linken Parteien eine liberale Politik zu machen. Der Herr Minister beschäftigte sich auch mit der Sozialdemokratie. Was unsere Stellung zur Religion betrifft, so stehen wir hier auf dem Boden striktester Neutralität. Der

strenggläubigste Katholik

kann unsere politischen und wirtschaftlichen Forderungen unterschreiben. Wenn heute eine gewisse Spannung besteht, so ist hier Ihr Mißbrauch mit der Religion daran schuld.

Unsere Stellung zum Vaterland

illustriert am besten unser Genosse Jaurès, der sich in seinem Buche „Die neue Armee" ausführlich darüber ausspricht. Da wird die Vaterlandsliebe schärfstens betont und es geht daraus hervor, daß auch wir den Wert des Vaterlandes zu schätzen wissen. Wir wollen auch das Vaterland

nicht wehrlos

wissen. Die Ursache unserer Stellungnahme geht gerade aus den Vorgängen der letzten Wochen deutlich hervor. Wenn es möglich wäre, mit den Liberalen eine militärische Reformpolitik zu machen und der Liberalismus so stark und mutig wäre, so würden sich unsere militärischen Reformbestrebungen ganz anders ausnehmen.

Ein Krieg

ist keine Unmöglichkeit. Er darf jedoch unter keinen Umständen wegen einer Bagatelle geführt werden. Dann hat der Minister auf unsere Stellung zur

heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung

abgehoben. Man sollte doch daran denken, daß die heutige Gesellschaft nur einen relativen Begriff darstellt, daß sie dem ständigen Wechsel unterworfen ist. Die Notwendigkeit einer neuen Ordnung der Dinge wird nicht nur von uns, sondern auch von positiv religiöser Seite betont. In unserem 2. Teil des Programms, der in erster Linie für unser gegenwärtiges praktisches Handeln in Betracht kommt, steht nichts, das nicht im heutigen Staate verwirklicht werden kann. Wenn Sie, Herr Kopf, uns nicht als gleichberechtigt betrachtet wissen wollen, so müssen Sie einen diesbezüglichen Antrag stellen. Wenn man die Sozialdemokraten nicht als Beamten zulassen will, dann darf man sie auch nicht als Abgeordnete zulassen. **Denn die Beamten vollziehen nur, was wir beschließen.** Es ist daher nicht konsequent, uns die Berechtigung als Beamte abzustreiten. Unsere Stellung zur Monarchie spielt in der gegenwärtigen praktischen Politik keine Rolle. In einer Reihe von Schriften wird dies betont. Es kann schließlich eine Republik ganz reaktionär sein und eine Monarchie wie England ganz anders. In England würde es als lächerlich empfunden werden, wenn ein Minister das Tragen von roten Fahnen verbieten würde. Die Polizei stört bei uns durch ihr Reglement die Ordnung, nicht das Volk. Verwundert hat mich die Aeußerung des Ministers, daß er **sozialdemokratische Bezirksräte** ablehnt. Ist ein Bezirksrat ein so bedeutender Mensch? In der Schweiz haben wir Sozialdemokraten als höchste Staatsbeamte. Wir geizen nicht nach diesen Ehren, aber wir finden es als unerträglich, daß man uns die

Gleichberechtigung

abstreitet. Der Minister sprach von unserer Ueberwindung. Dies werden Sie nicht fertig bringen. Eine Partei, die von einer so großen geistigen Strömung, wie die Sozialdemokratie, getragen wird, läßt sich nicht umbringen. Warum verweigert man uns daher fortwährend die Gleichberechtigung und läßt Sozialdemokraten nicht als Beamte zu? Wir leisten den Eid genau so wie andere und nehmen ihn ernst. Zum Schlusse zum

Zentrum,

das eine Hetze gegen nationalliberale Beamte wegen ihrer Großblockzugehörigkeit einleitete. Das Zentrum kann auch anders. Dies beweist die Broschüre meines bayerischen Genossen Profit, der das Verhalten des Zentrums bei der bayerischen Landtagswahl 1905 trefflich illustrierte. Damals war es dem Zentrum recht, wenn Reserveoffiziere in öffentlicher Wahl sozialdemokratisch wählten, damals hielt das Zentrum Bruderschaft mit den Sozialdemokraten. Ihre (zum Zentrum) Politik ist von den Vorteilen bestimmt. Wir rechnen mit der Zukunft. Und da muß man sagen: **In Deutschland wird der Zeitpunkt kommen, wo wir auf allen Gebieten positiv mitarbeiten werden, weil man uns braucht und in dem wir als Gleichberechtigte im Staate angesehen und behandelt werden.** (Beifall.)

Abg. **Venedey** (F. Vp.): Man muß sich verwundern, daß sich Abg. Kopf hier so scharf gegen eine Herabsetzung der Einkommensteuergrenze aussprach, nachdem uns bei der Wahl so große Vorwürfe wegen der Einkommensteuer gemacht wurden. Es ist dies ein klaffender Widerspruch in ihrer demagogischen Agitation. Was Abg. Kopf zur Zwangserziehung sagte, kann man ruhig als eine Begründung zur Einführung der konfessionellen Schule überhaupt bezeichnen. Das **Proporzwahlrecht** lehnen Sie (zum Zentrum) ab, weil Sie glauben, daß dessen Einführung Ihnen auf dem Lande schadet. Ihre jetzige Stellung nimmt sich um so merkwürdiger aus, nachdem es gerade Herr Wacker s. Zt. war, der die besten Gründe für das Proporzwahlrecht beibrachte. Man weiß, warum Sie gegen das Proporzwahlrecht sind. Sie würden durch Einführung dieses gerechten Wahlrechts gemäß Ihrer Stimmenzahl weniger Abgeordnete erhalten, als dies jetzt der Fall ist. Dies ist der Grund. Ihre Politik ist von Zweckmäßigkeitsgründen bestimmt. Während Sie in Baden aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Verfassungsänderung eintraten, lehnten Sie in Württemberg eine Verfassungsänderung und ein gerechtes Wahlrecht zweimal ab, weil Sie in diesem Falle Nachteile befürchteten. In Ihrer Partei (zum Zentrum) sind die widerstreitendsten Elemente vorhanden. Neben dem reaktionären Junker und dem Großindustriellen sind der Arbeiter und Parteisekretär. Und was Sie zusammenhält, das ist Streben nach der Macht der Kirche, ihre weltliche Macht heute noch so weit als möglich aufrecht zu erhalten. Bei der **Umsturzvorlage** im Reichstag zeigten Sie am besten, wie es mit Ihren freiheitlichen Bestrebungen bestellt ist. Da zeigte es sich, wie es mit Ihrer politischen und religiösen Freiheit bestellt ist. In Bayern muß jeder Arbeiter einen Avers unterschreiben, daß er keinem freien Verband beitritt: das ist Ihre politische und soziale Freiheit! Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, so wäre bei der Verfassungsrevision auch der letzte Teil des Uebergewichts der Zweiten Kammer in Finanzfragen gegen die Erste Kammer preisgegeben worden. Sie haben nicht nötig, über uns zu spotten. Wenn Sie nicht die Hilfe der Geistlichen hätten, dann wären Sie überhaupt verloren. So schlimm ist es mit unserer Macht nicht bestellt. Für uns selbst wäre ein Schluß der Großblockpolitik nicht von Schaden, aber wir betrachten diese Frage aus allgemeinen Gesichtspunkten. Der Abg. Kopf hielt gestern auf einmal eine hochpolitische Rede, die jedoch nichts neues brachte. Ich meine, es wäre besser, wenn sich die höchste Stelle in Baden sagen würde, wenn wir in Baden eine liberale Politik treiben würden, so müssen wir dem Großblock gegenüber ein Auge zudrücken, wenn sie sich sagen würde, daß Schluß mit der liberalen Tradition in Baden wäre, sobald der

Großblock und die Mitarbeit der Sozialdemokratie aufhört. Es ist nicht richtig, wenn der Minister sagt, es gehört Mut dazu, dem Volk entgegenzutreten. Die Entscheidung liegt mehr bei der Regierung als beim Volk. Es gehört mehr Mut dazu, die liberalen Forderungen des Volkes durchzuführen. Meinen Sie, wir würden uns nicht freuen, wenn wir völlig frei nach rechts und nach links auftreten könnten. Dies sollte auch die Großh. Regierung einsehen. **Entweder Großblock oder Proporz!** Nur dadurch ist die Möglichkeit für eine liberale Politik in Baden gegeben. Der Minister ist auch deshalb nicht für den Großblock, weil er monarchische Wähler zur Wahl von Gegnern der Monarchie zwinge. Der Minister sollte sich nicht an Rosa Luxemburg halten, sondern an die praktisch denkenden Führer der badischen Sozialdemokratie, die den Willen zur Mitarbeit haben. Gibt es unter den Konservativen und bei den Jesuiten nicht auch viele, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen? Die Jesuiten haben z. B. ganz merkwürdige Auffassungen von Staatsgehorsam, Treueid usf. Die Aeußerungen des Jesuiten Lehmkuhl über den Treueid setzen die Staatsautorität direkt beiseite. Alle diese Männer sind geschworene Gegner der Grundlagen des heutigen Staates. Ich sage daher, wenn es notwendig ist, unser Vaterland vor diesem Klerikalismus zu schützen, so hat ein liberaler Mann nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, alles dagegen aufzubieten und er muß für die Wahl von Sozialdemokraten eintreten. Auch gegen die konservative Richtung müssen wir uns schützen, wenn wir deren Ansichten über die Verfassung hören und die Vorgänge in den letzten Wochen betrachten. Die Ansicht dieser Leute über die Verfassung ist: Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut. Zurückzuweisen ist auch, daß der Minister gegen sozialdemokratische Bezirksräte sich aussprach und den Sozialdemokraten die Gleichberechtigung absprach. Wir werden mitarbeiten, so wie wir es im Interesse des Volkes für nötig halten. (Beifall.)

Abg. **Röckel** (Zentr.): Der aggressivste Herr im Landtag ist gegenwärtig Herr Venedey. Die Angriffe des Herrn Venedey tun uns weh. Er brachte die konfessionelle Absonderung aufs Tapet. Es ist nicht richtig, daß die Simultanschule die konfessionellen Gegensätze mildert. Gerade die Simultanschule ist die Ursache des Streites. Der Redner polemisiert gegen den Abg. Dietrich wegen der von diesem angeregten Aufteilung der Stammgüter. Die Rede Rebmanns klang mir wie eine Leichenrede auf seine eigene Partei. Herr Kolb verteidigte den Grundsatz Religion ist Privatsache. In der Theorie stimmt dies, in der Praxis ist dies anders. Die größte Anzahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten steht nicht auf dem Boden der Religion. (Abg. Kolb: Sie haben mehr Religion wie Sie!) Der Minister gab mehrere Gründe an, weshalb er sich gegen das Zentrum wendet. Die konfessionelle Absonderung ist von unserer Seite nicht so stark, wie angenommen wird; sie besteht nur in der Phantasie und im Gerede der Leute. Auch von protestantischer Seite wird konfessionelle Absonderung getrieben. Bei den Protestanten besteht Unwissenheit in katholischen Dingen. In protestantischen Kreisen wird ebenfalls eine Absperrung uns gegenüber getrieben. Der Redner behandel verschiedene Einzelfälle. Unsere Absonderung ist auch nicht so schlimm; sie verfolgt gute Zwecke. Es ist daher nicht zu verkennen, daß uns der Minister mit seiner Ansicht unrecht tut. Wir sind tolerant. Der weitere Grund, weshalb der Minister sich gegen uns wandte, ist, wie er sagte, der Grund, weil wir die Wahl des Zentrums zur Gewissensfrage machten. Nachdem uns der Kulturkampf so schwer drückte, ist dieser Gewissenszwang zu verstehen. Es ist eine Gewissenspflicht der Katholiken, zu verhindern, daß etwas derartiges wie der Kulturkampf wieder eintreten kann. Trotz des Kulturkampfes unterstützen wir jedoch die Konservativen. Wir sind bei den Wahlen nicht engherzig. Weiter betonte der Minister, daß sich die Herrschaft der katholischen Geistlichen ausbreite. Der Geistliche muß das Recht haben, sich nicht alles gefallen lassen zu müssen. Mit der Herrschaft ist es jedoch vorbei. Wir werden ja immer mehr noch aus der Schule usf. verdrängt. Wenn der Minister dafür sorgt, daß die Klagen der Geistlichen beseitigt werden, wird es besser. Die Zurücksetzung in der Schule können wir nicht ruhig hinnehmen. Ebenso müssen wir uns gegen die anderen Forderungen auf Einschränkung des Einflusses der Kirche wenden. Wir bedauern recht tief den konfessionellen Riß. Wem das Wohl des Volkes am Herzen liegt, sollte sich gegen die wenden, die den religiösen Frieden stören.

Minister **v. Bodman:** Ich hielt meine gestrige Rede deshalb, weil mich der Abg. Kolb angegriffen hat. Ich hielt meine gestrige Rede nicht mit Rücksicht auf eine höchste Stelle, wie Abg. Venedey meinte, sondern als Vertreter einer monarchischen Regierung. Ich will auf Abstimmungen, bei denen eine Beeinflussung der Nationalliberalen durch die Sozialdemokratie stattfand, nicht weiter eingehen. Aus der Rede des Herrn Rebmann ging mir jedoch ein solcher Einfluß hervor. Ich muß es zurückweisen, daß ich Stellen aus Leitartikeln des „Vorwärts" und des „Volksfreund" aus dem Zusammenhang riß. Ich sehe eine Hauptgefahr der Sozialdemokratie in der Gegenwart darin, daß sie sich bemüht, das Volk zu entmonarchisieren und zu radikalisieren. Abg. Kolb verwahrte sich gegen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie; ich erhob diesen Vorwurf nicht. Ich bin überzeugt, daß auch sie das Vaterland lieben und es nicht wehrlos machen wollen. Das praktische Verhalten bewirkt jedoch dies. Die Herbeiführung eines Krieges bedeutet zwar ein Verbrechen, es hängt jedoch nicht von uns ab, wenn ein Krieg hereinbricht. Die deutschen Fürsten suchten im Dienste des Friedens zu wirken. Ich bin nicht der Ansicht, wie Abg. Kolb, daß wir uns in jammervollen politischen Zeiten befinden. In einem Staate, in dem der Abg. Kolb ungehindert reden kann, wo ihre Partei mitarbeiten kann, kann man nicht von jammervollen Zuständen sprechen. Wir leben in einer großen Zeit, in einer großen Entwicklung, die erfreulich ist, wenn ihr auch, wie allem, gewisse Mängel anhaften. Nach der Verfassung hat niemand ein Recht Beamter oder Bezirksrat zu werden. Der betr. Artikel in der Verfassung bezieht sich nur auf die Gleichberechtigung in Bezug auf die Religion. Der Passus wurde wegen der Gleichberechtigung der Juden geschaffen. Es hat daher niemand einen Rechtsanspruch, einen Staatsposten zu beanspruchen. Der Abg. Kolb sagte, die Zeit werde kommen, wo die Sozialdemokratie überall mitarbeite; dies läutet anders als neulich, wo Abg. Kolb von durchsetzen sprach. Die Sozialdemokratie arbeitet heute schon mit. Die Parteien sind auch der Wandlung unterworfen und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Sozialdemokratie als eine Arbeiterpartei sich als nützliches Glied in unser Staatsleben eingliedern wird. Das Zentrum und ich behandeln sich gegenseitig mit Vorsicht. Wenn der Abg. Röckel meinte, es würde sich für mich ein reiches Arbeitsfeld eröffnen, wenn ich mich der Ausschreitungen in Berlin und Köln annehmen würde, so überschätzt er meine Macht. Außerdem bin ich mit Baden genügend beschäftigt. (Heiterkeit.) Ich beklage die konfessionelle Absonderung, wo sie auch vorkommt. Ich kenne jedoch keine Partei, wo die Zugehörigkeit zu einer Religion zur Gewissenspflicht gemacht wird wie beim Zentrum. Ich meine, daß die Kirche als göttliche Institution hierdurch nicht gewinnt. Vor einer Reihe von Jahren mußte von Ihrer Seite zugegeben werden, daß die Kirche sich in befriedigenden Zuständen befindet. Ich wollte Ihre (zum Zentrum) staatsbürgerlichen Rechte nicht beschneiden, sondern wünsche nur größere Zurückhaltung. Was mein Wort von der „großartigen Bewegung" betrifft, so hatte ich mich bereits 14 Tage nach meiner Rede in der „Karlsruher Zeitung" hierzu geäußert. In diesem Artikel sagte ich weiter, daß mit meinen Worten Mißbrauch getrieben wurde. Ich erklärte darin, daß meine Ausführungen mit meinen früheren Ansichten übereinstimmen, daß ich nach wie vor ein entschiedener Gegner der politischen Ziele der Sozialdemokratie bin.

Abg. **Köhler** (Zentr.) weist in einer persönlichen Bemerkung eine Aeußerung des Abg. Venedey zurück.

Abg. **Venedey** (Fortschr.): Die Bemerkung des Abg. Köhler stammte aus einem größeren Zusammenhang.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag ¼10 Uhr. Fortsetzung der Generaldebatte über das Ministerium des Innern.

Schluß der Sitzung: ½2 Uhr.

*

Die Wahlprüfungskommission

hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, um über die Ergebnisse der von der großh. Regierung gemachten Erhebungen zu beraten. Gegen die Wahl des Abg. Martin (Zentr.) im 2. Wahlkreis Meßkirch-Stockach war ein Protest eingelegt, weil in den Orten Heudorf, Horzenrieß und Altheim die Isolierräume den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprochen haben sollen, weil sie der Beobachtung zugänglich waren. Die gemachten Erhebungen haben die Richtigkeit dieser Behauptungen bestätigt. Die Kommission beschließt mit 6 gegen 5 Stimmen, daß die Isolierräume der Wahllokale der genannten Orte den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprachen. Da auch bei der Ungültigkeitserklärung der drei Wahllokale dem gewählten Abgeordneten noch eine Mehrheit verbleibt, beschließt die Kommission einstimmig, die Wahl des Abg. Martin für unbeanstandet zu erklären.

Bei der Prüfung der Wahl des Abg. Schöpfle (Kons.), der im Wahlkreis Ettlingen-Durlach gewählt ist, beschließt die Kommission mit 7 gegen 4 Stimmen, einen von der Wahlkommission in Ettlingen abgegebenen Stimmzettel auf den Namen des sozialdemokratischen Kandidaten Müller, der wegen eines Risses für ungültig erklärt wurde, für gültig zu erklären. Ein weiterer mit einem Gedicht versehener Stimmzettel wird von der Kommission mit 6 gegen 5 Stimmen für gültig erklärt. In zwei Fällen, wo Nichtbadener gewählt haben, werden nochmalige Erhebungen beantragt. Einige andere Protestpunkte werden für unerheblich erklärt. Der Beschluß über die Gültigkeit der Wahl wird vertagt, bis zur Vorlage der neuen Erhebungen.

Badische Politik.

Militärboykott.

Aus Villingen schreibt man der Freib. „Volkswacht": Kaum vier Wochen sind ins Land gezogen, seitdem das Verkehrslokal der hiesigen organisierten Arbeiterschaft ein Raub der Flammen wurde, und schon schickt man sich an, uns zu schikanieren nach allen Regeln der Kunst. Da es uns von vornherein schon schwer gemacht ist, durch die drohende Fuchtel des Militärboykotts wieder ein geeignetes Lokal zu bekommen, müssen wir uns vorerst auf Wanderlokale festlegen. Aber auch selbst dieses geht unsern Hurrapatrioten wider den Strich. Durch Spione versucht man jetzt diejenigen Wirte ausfindig zu machen, welche uns gelegentlich ihre Lokale zu einer Versammlung überlassen. Der Zweck dieser Uebung kann natürlich nur der sein, bei passender Gelegenheit über alle diese Wirte das Militärverbot auszusprechen. Das geht deutlich daraus hervor, daß auch von der Behörde im Geheimen Erhebungen gemacht werden.

Angesichts dieser Tatsache möchten wir das „Villinger Volksblatt" einmal fragen, ob es seine blöden Behauptungen immer noch aufrecht erhält, daß unsere Rathausfraktion nur aus agitatorischen Gründen gegen die Errichtung einer Garnison gestimmt hätte? Wir sahen damals schon all das voraus, was sich leider nur allzupünktlich eingestellt hat. Wir möchten einmal das Geschrei in der alten Schaffnei hören, wenn dem Zentrum derartiges passieren würde. So aber schaut man mit höhnischer Schadenfreude zu, wie der Geist der Reaktion seine Triumphe feiert.

Wir stehen heute noch auf dem Standpunkt, daß die Stadtverwaltung weit mehr den Interessen der hiesigen Bevölkerung, insbesondere der hiesigen Geschäftswelt und der Arbeiterschaft, nachkäme, wenn sie ihr Augenmerk auf den Zuzug guter Industrie richten würde. An diesem Mangel allein krankt Villingen, was jeder Geschäftsmann gerne bezeugen wird.

Beleidigungsprozeß.

Das Singener Zentrumsblatt, die „Sing. Ztg.", hatte wieder einmal eine Beleidigungsklage vor dem Schöffengericht Radolfzell auszufechten. Die „Sing. Ztg." hatte dem Vorsitzenden des freien Gewerkschaftskartells und Schriftsetzer A. Störk „Stänkereien im Buchdruckgewerbe" vorgeworfen und sonstige unbegründete Beschuldigungen erhoben, weil dieser in einer internen Versammlung des Ortsvereins des Buchdruckerverbandes einigen Kollegen aus der Zentrumsdruckerei wegen ihrer Beteiligung an einem Demonstrationszuge der „christlichen" Arbeiter Vorhalt gemacht hatte. Durch Denunziation kam die Sache im Zentrumsblatt zur Besprechung, um dem jetzigen Kläger eines anzuhängen, wobei natürlich auch auf den „sozialdemokratischen" Buchdruckerverband losgehauen wurde. Vor der heutigen Hauptverhandlung ging der beklagte Zentrumsredakteur, der auch eine Widerklage eingereicht hatte, einen Vergleich ein, wonach er die Beleidigungen gegen Störk mit Bedauern zurücknimmt und zwei Drittel der Kosten trägt. Nur weil der Kläger zurzeit aktiver Soldat und nicht persönlich erscheinen konnte, kam es zu einem Vergleich.

Süddeutschland und die Militärlieferungen.

Die Marineverwaltung hat die Absicht, die süddeutsche Industrie mehr als bisher zu Lieferungen heranzuziehen. Die kaiserlichen Werften haben sich an die Handelskammer in Mannheim gewandt mit der Bitte, sich über Mittel und Wege hierzu zu äußern. Darauf erwiderte die Handelskammer u. a. folgendes:

Zunächst muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die süddeutsche Industrie für Lieferungen an die Werften durch die hohen Frachten, welche sie tragen muß, außerordentlich der norddeutschen Konkurrenz gegenüber benachteiligt ist. Mehrere Firmen haben mit Berufung hierauf es für ausgeschlossen erklärt, daß sie an Submissionen der kaiserlichen Marineverwaltung mit Erfolg teilnehmen könnten.

Abgesehen hiervon hat sich jedoch auch herausgestellt, daß ein weiteres Hindernis für die Beteiligung Süddeutschlands an den Marinelieferungen die Unkenntnis der dortigen Ansprüche ist. Soweit es sich um die zu vergebenden Gegenstände handelt, und diese eine bestimmte Größe nicht überschreiten, wäre wohl durch Ausstellung derselben abzuhelfen. Die kaiserliche Marineverwaltung müßte eine entsprechende Sammlung zusammenstellen und bei den süddeutschen Handelskammern herumgehen lassen. Diese würden dann die Bereitstellung der erforderlichen Räume und die Bekanntmachung in den beteiligten Kreisen zu übernehmen haben. Eine solche Ausstellung müßte diejenigen Gegenstände, für welche die Marine besondere Anfodrerungen stellt, und solche, die von süddeutschen Fabrikanten zwar herstellbar sind, aber von ihnen der Natur der Sache nach noch nicht gekannt werden, enthalten. Des weiteren müßte der ungefähre Verbrauch der Gegenstände angegeben sein, denn nur in diesem Falle können die Hersteller beurteilen, ob die Aufnahme der Fabrikation derselben auch lohnend werden kann.

In diesem Zusammenhang muß weiter auch darauf hingewiesen werden, daß es wünschenswert ist, wenn Interessenten sich über die Marinelieferungsbedingungen leicht informieren können.

Wir weisen noch besonders darauf hin, daß einige leistungsfähige Firmen unsere Anfrage, ob wir sie der kaiserlichen Marineverwaltung als Interessenten für ihre Lieferungen mitteilen könnten, eine Antwort mit der Begründung verweigert haben, sie seien nicht in der Lage, sich zu äußern, bevor ihnen die in Frage stehenden Bedingungen zugänglich gemacht worden seien.

Von anderer Seite wurde darüber geklagt, daß sie von den Ausschreibungen der kaiserlichen Marine nicht rechtzeitig Kenntnis erhalten könne. Hiergegen gibt es nur das eine Mittel, nämlich die Ankündigung der Ausschreibungen in Blättern, die von den beteiligten Kreisen in Süddeutschland gelesen werden.

Die Erfolge der Fortbildungskurse für Verwaltungsbeamte des Staates.

In dem Voranschlag des Ministeriums des Innern werden 4000 Mk. angefordert für die Fortbildungskurse für Verwaltungsbeamte. Diese Fortbildungskurse sind in der Hauptsache dazu bestimmt, solchen Beamten die Teilnahme an den alljährlich von der Süddeutschen Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung veranstalteten Kursen und Studienreisen zu ermöglichen. Aus der genannten Summe wird auch der der genannten Gesellschaft für ihre Zwecke alljährlich zur Verfügung gestellte Staatsbeitrag von 1000 Mk. bestritten.

In dem gedruckten Bericht der Budgetkommission der Zweiten Kammer zum Voranschlag des Ministeriums des Innern wird ausgeführt, daß diese Kurse sich einer recht guten Beteiligung aus allen Berufskreisen erfreuen und für die Teilnehmer recht wertvoll waren. Im Jahre 1910 wurden die Kurse in Heidelberg, im Jahre darauf in Karlsruhe, dann 1912 in Mannheim und 1913 in Stuttgart abgehalten. An die Kurse schließen sich jeweils ausgedehnte Studienreisen. In dem Bericht wird dann weiter betont, daß gerade für Verwaltungsbeamte die Teilnahme an den Studienreisen, die eine Fülle von Eindrücken und Anregungen bieten, von ganz besonderem Werte sind. Neben diesen Kursen der Süddeutschen Gesellschaft werden ähnliche Veranstaltungen der Gesellschaften für staatswissenschaftliche Fortbildung in Berlin und Frankfurt abgehalten, die ebenfalls von dem Ministerium unterstützt werden. Während die staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse nur die Fortbildung auf volkswirtschaftlichen, staats- und verwaltungsrechtlichen Gebieten bezwecken, dienen die zum erstenmal im Jahre 1910 von dem Ministerium des Innern veranstalteten landwirtschaftlichen Kursen für Verwaltungsbeamte in Augustenberg dem Zwecke, Amtsvorstände und ältere Beamte der Bezirksämter über wichtigere Fragen aus dem Gebiet der Landwirtschaft zu unterrichten. Auch diese Kurse sind sehr befriedigend verlaufen und haben ihren Zweck voll erfüllt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Februar.

Am Bundesratstisch ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Preuß (Zentr.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Sodann richtet der Präsident eine Ansprache an das Haus, in der er zunächst des Unglücks auf der Grube Achenbach und sodann des Schiffsunglücks an der englischen Küste gedachte, bei dem ein stolzes deutsches Segelschiff in dunkler Nacht zerschellte und 19 brave Seeleute den Tod fanden. Welche Opfer an Menschenleben auch gefordert werden und trotz aller Mißgeschicke schreite die Kultur aber unaufhaltsam fort. Die deutsche Technik hat in diesen Tagen wieder Erstaunliches geleistet und Beweise ihrer Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit erbracht, auf die stolz zu sein wir alle Ursache haben. Von Eilvese bei Hannover aus hat der Kaiser direkt drahtlos an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ein Telegramm gesandt. Räumliche Entfernungen sind damit überwunden, und die Völker in einer bisher nicht geahnten Weise einander näher gebracht worden. Ferner ist dieser Tage ein großes deutsches Werk vollendet worden. Der Tanganjikasee ist mit der Eisenbahn erreicht worden. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung stehen **Kurze Anfragen.**

Auf die Anfrage der Abgg. Gothein (fortschr. Vp.) und Genossen nach dem von Professor Dr. Brieger und dem Chemiker Dr. Krause entdeckten Heilmittel gegen Maul- und Klauenseuche erwidert Ministerialdirektor **v. Jonquières:** Die Reichsverwaltung wird sich mit dem preußischen Landwirtschaftsminister in Verbindung setzen wegen dieses Mittels. Ein Anlaß, das Mittel für das Reich zu erwerben, lag bisher noch nicht vor.

Bei der Frage des Abg. Kunera (Soz.) nach der Vereinfachung der Verwaltung des Heeres erwidert Oberst **Scheüch:** Eine Beantwortung dieser Frage ist zurzeit nicht möglich; sie wird bei der Beratung des Militäretats erfolgen.

Auf die Frage der Abgg. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.) und Genossen nach der Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Beseitigung von Schäden des Grundkredits erwidert Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Die Frage ist zu bejahren: Ein Gesetz wird alsbald dem Bundesrat vorgelegt werden.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Bis heute liegen 23 Resolutionen vor. Die Debatte beginnt beim Kapitel **Förderung der Seefischerei.**

Abg. **Noske** (Soz.):

Die Fischerei ist für die Volksernährung von größter Bedeutung, und doch geht es diesem Teil des wirtschaftlichen Lebens sehr schlecht. Geholfen kann den Fischern nur werden, wenn sie mit Fahrzeugen ausgestattet werden, die sie zur Hochseefischerei befähigen. Es muß aber auch für die Seeleute gesorgt werden. Die Hochseefischerei gehört zu den gefährlichsten Berufen. Die Leute sind früh verbraucht, was besonders auf die lange Arbeitszeit zurückzuführen ist. Die Logieverhältnisse an Bord sind unbeschreiblich. Die Verträge sind wahre Sklavenverträge.

Abg. **Schwabach** (natl.): Die bisher für die durch die Sturmflut Geschädigten zur Verfügung stehenden Mittel reichen

nicht aus. Die Küstenbevölkerung von Pommern und Ostpreußen hat ebenso wie die Westpreußens schwer gelitten. Es muß aber für diese Bevölkerungskreise gesorgt werden. Denn sie schaffen uns den Ersatz für die Handels- und Kriegsmarine. Auch aus wirtschaftlichen Gründen haben wir alle Ursache, dieser Bevölkerung zu helfen. Daher muß der Etattitel entsprechend erhöht werden.

Abg. **Böhlendorff-Kölpin** (Kons.): Wir beklagen die schweren Sturmschäden aufs tiefste und sind mit der nationalliberalen Anregung einverstanden. Besonders die Ostseefischerei ist vernachlässigt worden. Es muß für eine Seebeleuchtung gesorgt werden. Für die Arbeiter geschieht alles, aber die braven Fischer bekommen nichts.

Abg. Dr. **Struve** (F. Vp.): Wir bedauern das Hinscheiden des Kollegen Preuß, in dem die Fischerei einen warmen Förderer verloren hat. Wir müssen die Hochseefischerei mit Motorbooten, besseren Seezeichen und Verkaufsgenossenschaften unterstützen. Die Forderung eines Fischzolles muß verschwinden. Die Eisenbahn muß für schnelle Beförderung der Fische sorgen. Wie steht es mit der Hebung der Fischerei in den kolonialen Gewässern?

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (Natl.): In den zur Debatte stehenden Fragen herrscht Einmütigkeit. Auch wir halten einen Seefischzoll für gefährlich. Die Erhöhung des Etatstitels ist dringend erforderlich, besonders im Interesse der Heringsfischerei.

Ministerialdirektor **v. Jonquières**: Auch die Regierung bedauert innig die Sturmflutschäden. Die Erhöhung des Fonds zur Förderung der Seefischerei ist lediglich eine Finanzfrage. Die Frage der Fischerei in den Kolonien ist durch den Kolonialetat zu regeln. Der Eisenbahnverwaltung gebührt Dank für ihr Entgegenkommen bei der Fischbeförderung. Unser Fond wird namentlich zur Beschaffung von Motoren verwendet. Die Mittel reichen aber nicht aus, um alle Anforderungen zu befriedigen. Die Seefischerei hat keinen Grund zur Unzufriedenheit. Hoffentlich werden wir bald einen höheren Betrag in den Etat einstellen können.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Titel bewilligt. Eine Resolution der Nationalliberalen auf Erhöhung des Fonds noch in diesem Etat wird einstimmig angenommen.

Beim Titel See- und Postdampfer nach Ostasien und Australien wünscht

Abg. **v. Gräfe** (Kons.) baldige Vorlegung der zu erneuernden Verträge mit den Rheedereien.

Beim Titel Maßregeln gegen die Reblaus wünscht

Abg. **Peirotes** (Soz.), daß für das Weinbaugebiet in Elsaß-Lothringen andere Maßnahmen getroffen werden als am Rhein.

Ministerialdirektor **v. Jonquières**: Eine Novelle zum Reblausgesetz liegt dem Bundesrat vor.

Abg. **Haegy** (Elsässer): Mit den amerikanischen Reben müssen mehr Versuche gemacht werden. Man mag in Elsaß-Lothringen von der Bekämpfung der Reblaus als vergeblich absehen. In Frankreich und England hat man mit den amerikanischen Reben gute Erfolge erzielt.

Abg. **Becker** (Hosp. der Natl.): Die Wähler meines Wahlkreises wollen unbedingt an der Bekämpfung des Reblaus gemäß dem Gesetze festhalten.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Tagesordnung: Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Schluß 6 Uhr.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Die 1. Damen- und Fremdensitzung der großen Karnevalsgesellschaft** am letzten Sonntag hatte eine außerordentliche Anziehungskraft ausgeübt. Der große Festhallesaal war dicht besetzt. Die ganze Aufmachung der Sitzung stand offenbar unter einem glücklicheren Stern, als ähnliche Veranstaltungen früherer Jahre, vor allen Dingen aber war „Stimmung" vorhanden, richtige Karnevalsstimmung, zu der, um es gleich vorneweg zu nehmen, die musikalischen Darbietungen der Feuerwehrkapelle sehr wesentlich beitrugen. Auch die Büttenvorträge brachten eine Fülle von zündendem Witz und gelungenen Pointen, die insbesondere auf lokale Vorgänge abhoben. Besonders gefiel der „Narrenprofessor", der so tiefgründige Ausführungen über Narren und Gescheite machte, daß sich Publikum und Balken geradezu bogen. Im folgte der „Jurist", der haarscharf die verschiedenen, geradezu phänomenalen „Fähigkeiten" „nachwies", worauf Frl. Maier den „Frauenstreik" mit all seinen Schrecken in den schwärzesten Farben schilderte. Dasselbe Fräulein trat noch einmal als „Suffragette" auf und war durchaus kriegerisch veranlagt, sie wollte alles „rungenieren". Besonders zündend wirkte aber der „Brotkrieg", eine bewegliche Schilderung des Kampfes der Bäckerinnung gegen den Brotabschlag, wobei die einzelnen Schlager sich förmlich überpurzelten. Dasselbe traf bei der „lustigen Witwe" zu. Eine Reihe mehr oder weniger guter Vorträge folgten noch, die einzeln zu behandeln zu weit führen würde. Nur eins möchten wir noch erwähnen, nämlich die Eröffnungsrede des Präsidenten, der die Ergebnisse des „Unglücksjahres" 1913 in der „näheren" und „ferneren" Umgebung von „Lätschebach" mit einem trockenen Humor rekapitulierte, der wahre Lachsalven hervorrief. — Den „Stadtratsbericht" haben wir schon besser gehört. — Der Maskenzug, den die große Karnevalsgesellschaft in diesem Jahre am Fastnachtssonntag veranstaltet, dürfte seine Vorgänger an Umfang bedeutend übertreffen. In dankenswerter Weise haben sich fast alle größeren Vereine bereit erklärt, mitzuwirken und es steht zu hoffen, daß diese Tatsache gute Früchte zeitigt, sofern auch die materielle Unterstützung nicht ausbleibt.

Bruchsal.

— **„Im Zeichen des Weltverkehrs"** betitelt sich ein Lichtbildervortrag, den der Deutsche Metallarbeiterverband am Freitag abend halb 9 Uhr im Fortunasaale abhält. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pfg. Auch Nichtmitglieder können zugelassen weredn. Versäume niemand, diesen interessanten und lehrreichen Vortrag zu besuchen.

— **Die Faschingsveranstaltung des Gewerkschaftskartells** findet Sonntag, 8. d. M., abends 7 Uhr 61 in der Festhalle zum „Kaiserhof" statt. Nach den Vorbereitungen zu schließen, dürfte die Veranstaltung, die in echt karnevalistischem Geiste geleitet wird, einen fröhlichen Verlauf nehmen. Erstklassige Büttenrednerinnen und -Redner werden ihre Weisheit auskramen. Anschließend findet ein Tanzkränzchen statt, so daß jedermann auf seine Rechnung kommen wird. Wer nicht allen Humor eingebüßt hat und auch noch etwas für Scherz und Humor übrig hat, der komme in diese Veranstaltung. Närrische Kopfbedeckung und Lieder sind am Eingang erhältlich.

Ettlingen.

* **Sozialdemokratischer Verein.** Die Bibliothek des Vereins wird auf 1. März neu geordnet, weshalb wir dringend bitten, die entliehenen Bücher bis längstens Donnerstag, 26. Februar, abzuliefern. Für die Zukunft ist die Bücherausgabe auf jeden Donnerstag abend von ½7—½8 Uhr im Nebenzimmer der Brauerei Hensle festgesetzt.

— **Die Vertrauensmänner der Gewerkschaften und Sportsvereine** werden auf Donnerstag abend 8 Uhr zu einer Sitzung in die Brauerei Hensle eingeladen.

— **Die Musterung der Rekruten** findet Donnerstag, 26., Freitag, 27., Samstag, 28. Februar und Montag, 2. März, statt.

— **Fahrplanänderung.** Die Albtalbahn hat im Bahnverkehr Karlsruhe-Ettlingen definitiv eine Aenderung eintreten lassen. Die Vormittagszüge ab Ettlingen fahren noch zu den bisherigen Fahrzeiten ab. Die Züge zwischen 12 und 2 Uhr sind auf 3 Minuten später gelegt. Von 2 Uhr bis 6 Uhr bleibt die seitherige Abfahrt bestehen, von 6 Uhr ab gehen alle Züge wieder um 3 Minuten später als bisher. Dementsprechend sind die Fahrzeiten der ab Karlsruhe verkehrenden Züge gehalten. Die Direktion der Albtalbahn hat es demnach nicht für notwendig befunden, den Eingaben der Arbeiter, die Frühzüge nach Karlsruhe einige Minuten früher abgehen zu lassen, stattzugeben. Warum denn auch? Es sind ja nur Arbeiter, die in Frage kommen. —

— **Wohnungen** sind zu vermieten: 4 Z. Sedanstraße 10, 4 Z. Steigehohlstraße 17, 3 Z. Mühlenstraße 73, 3 Z. Rheinstr. 87, 3 Z. Augustastr. 4, 3 Z. Kronenstr. 1, 2 Z. Karlsruherstr. 10, 2 Z. Pforzheimerstr. 5, 2 Z. Kronenstr. 1, 2 Z. Gartenstr. 13, 2 Z. Albtraße 35. Je 1 möbl. Zimmer: Hildastr. 19, Kirchgasse 4, Wilhelmstr. 19, Sedanstr. 31, Badenertorstr. 25, Zehntwiesenstr. 15, Augustastr. 4, Mühlenstr. 69, Kronenstr. 5, ein Laden Marktstraße 7.

Rastatt.

— **Ortskrankenkassenwahl in Rastatt.** Sie geht schon los, die Denunziation der freien Gewerkschaften durch das christlichnationale, wahrheitsliebende Schwesterpaar. Die schwarze „Rastatter Zeitung" und das stark gelb angehauchte „Rastatter Tageblatt" brachten in ihrer Samstagnummer einen Artikel über die Ortskrankenkassenwahl, der aus lauter Lug und Trug zusammengesetzt ist. Unter anderem wird darin geschrieben: „Ergötzlich ist, wie die Sozialdemokratie die christlichnationale Liste zu schädigen sucht. Es wurde eine ganze Anzahl auf genannter Liste Stehender von der Sozialdemokratie mit recht zweifelhaften Mitteln beeinflußt, die Streichung ihrer Namen auf der christlichnationalen Liste zu veranlassen." Das heißt „die Sozialdemokratie", ist nicht zu verwundern, da ja hauptsächlich bei den Schwarzen alles aus parteipolitischen Gründen gemacht wird; jedoch hat nicht die Sozialdemokratie, sondern das Gewerkschaftskartell eine Liste aufgestellt und ist diese Liste infolgedessen politisch neutral. Daß das Gewerkschaftskartell Leute veranlaßte, sich auf der gegnerischen Liste streichen zu lassen, glauben die Schwarzgelben selbst nicht; es könnte nur der Fall sein, wenn das Kartell in dieser Sache so bewandert wäre, wie das Zentrum im Lokalabtreiben. Dreist ist es von den Schwarzgelben, Leute, welche freiorganisiert sind, auf ihre Liste zu setzen, ohne dieselben zu befragen. Wenn sich die Leute dann streichen lassen, so ist das doch kein Grund, den freien Gewerkschaften Terror und Verwerflichkeit vorzuwerfen. Ob die Gewerkschaften durch ihre Agitation profitieren, dafür brauchen die Schwarzgelben nicht zu sorgen. Was Ehrlichkeit und Anständigkeit anbelangt, profitieren wir bestimmt mehr wie jene. Das Gewerkschaftskartell hat den beiden oben genannten Blättern eine Berichtigung zugesandt, die das „Rastatter Tageblatt" auch aufnahm, die „Rastatter Zeitung" jedoch ist nicht so loyal, der Wahrheit die Ehre zu geben, wahrscheinlich aus Angst, das Sprichwort paßte dann nicht mehr für sie: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

Daß die Kasse seit mehreren Jahren in der Hauptsache von Vertretern der freien Gewerkschaften geleitet wird und durch die umsichtige Leitung des Gesamtvorstandes zu ihrer jetzigen Höhe gelangte, sollten die Schwarzgelben respektieren. Statt dessen müssen, da an der Arbeit der Kassenvertretung nicht auszusetzen ist, die in dieser Gesellschaft üblichen Mittel angewendet werden, die Gegner schlecht zu machen, und wenn auch durch Lügereien, das ist ihnen gleich, wenns nur hilft. Traurig ist, wenn man die „geehrten Herrschaften" durch ein Flugblatt anbettelt, ihre Dienstboten mit dem Auftrag zur Wahl zu schicken, für die Liste der Schwarzgelben zu stimmen. Aber so sind sie: Auf der einen Seite lügen und denunzieren, auf der anderen Seite speichelleckend um Stimmen betteln. Die ganze Handlung der Schwarzgelben ist diktiert von der Parteipolitik. Wenn das nicht der Fall wäre, wären die Denunziationen überflüssig, da doch die derzeitige Vertretung der Ortskrankenkasse nur zum Wohle der Kasse gearbeitet hat, weshalb ihr auch von der Generalversammlung einstimmig Lob und Anerkennung gezollt wurde.

Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, die kurze Spanne Zeit bis zur Wahl auszunützen und überall auf der Straße und in der Werkstätte für die Liste des Gewerkschaftskartells zu agitieren, um eine starke Vertretung derselben in der Ortskrankenkasse zu erreichen.

Baden-Baden.

— **Lichtbildervortrag.** Der Deutsche Metallarbeiterverband veranstaltet heute Mittwoch abend in Bletzers Gartensaal einen Lichtbildervortrag mit dem Thema „Im Zeichen des Weltverkehrs". Der bekannte Vortragsmeister Schürrmann aus Stuttgart wird uns eine äußerst interessante Serie von Wanderungen durch unsere größten Seestädte sowie Seefahrten und Einrichtungen von den größten Ozeandampfern im Lichtbild vorführen. Alle Freunde einer Vorwärtsentwicklung unserer Technik und Kultur sind freundlichst eingeladen.

* **Heidelberg**, 2. Febr. Die Personalien des Selbstmörders, der im Oktober v. Js. im Stadtwald seinem Leben ein Ende gemacht hat, sind nunmehr festgestellt. Es handelt sich um den im Jahre 1886 geborenen Studierenden der Pharmacie, Eugen Riehl aus Renchen, der zuletzt in Stuttgart studierte. — Als vorgestern abend der Buchhalter des Porphyrwerks Edelstein in Schriesheim den Lohn für die Arbeiter in einen Drahtseilbahnwagen legte, um diesen an die Arbeitsstätte befördern zu lassen, wurde der gesamte Betrag — etwa 300 Mk. — an einer Stelle, an der das Drahtseil nahe am Boden läuft, von einem Unbekannten gestohlen. Man ist eifrig auf der Suche nach dem Täter. — Am Samstag abend wurde der Zug der Nebenbahn in Dossenheim angehalten und durchsucht; auch in Handschuhsheim wurden eifrige Nachforschungen angestellt, die aber bis jetzt erfolglos blieben.

w. **Konstanz**, 2. Febr. (Privattelegramm.) Hier ist man einer weitverzweigten Saccharinschmugglerbande auf die Spur gekommen. Mehrere Verhaftungen sind bereits erfolgt; andere stehen noch bevor. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der frühere Kriminalschutzmann Kupferschmied, früher hier und in Mannheim, Angestellter eines Mannheimer Detektivbureaus, der in der Gesellschaft eine führende Rolle gespielt hat. — Der Saccharinschmuggel steht zur Zeit an der Grenze in seltener Blüte; es vergeht kein Tag, an dem nicht ein oder mehrere Saccharinschmuggler abgefaßt werden.

* **Mannheim**, 2. Febr. Im Lagerhaus der Firma Hermann Wolff u. Co., Getreide- und Futtermittellager am Binnenhafen brach gestern früh nach 5 Uhr Großfeuer aus, das sich mit solcher Schnelligkeit ausbreitete, daß trotz der angestrengten Tätigkeit der Berufsfeuerwehr, der freiwilligen Feuerwehr, der Bahnfeuerwehr, sowie dreier Schiffsdampfspritzen das ganze Anwesen bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte. Der durch das Feuer und auch durch Wasser verursachte Schaden wird auf 2—300 000 Mark geschätzt, ist aber durch Versicherung gedeckt. — Am Abend kam infolge Kurzschlusses ganz in der Nähe der Brandstätte, nämlich im Lagerraum der Sackfabrik Rohnheimer u. L. Kahn Feuer aus, das aber gleich wieder erstickt werden konnte. Wäre es nicht sofort bemerkt worden, dann wäre ohne Zweifel ein Brand ausgebrochen, der dem ersten an Ausdehnung nichts nachgegeben hätte.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 4. Februar.

Weiße Woche.

Auf acht Tage beherrscht nun wieder das geheimnisvolle Schlag- und Zauberwort „Weiße Woche" nicht nur das Geschäftsleben unserer Stadt, sondern fast aller Städte Deutschlands. Findigem Geschäftsgeist ist es gelungen, der nach den Weihnachtskäufen nachgelassenen Kauflust einen neuen Reiz zu geben durch Schaffung einer Kaufwoche, in der die Angebote sich durch außergewöhnliche Billigkeit auszeichnen. Die „Weiße Woche" erstreckt sich jetzt auf alle Geschäfte, das Wort hat nichts mehr von seiner ursprünglichen Bedeutung, ist zum Schlagwort geworden, denn selbst Geschäfte, die gewiß nichts mit „weiß" zu tun haben, z. B. Eisenwarengeschäfte, künden eine „Weiße Woche" an. Man kann diese weiße Wochen mit dem vergleichen, was früher die großen alljährlichen Messen waren.

Außergewöhnlich sind die Vorbereitungen, die zu dieser Veranstaltung getroffen wurden. Das Personal in den Geschäften hatte wahrlich keine schönen Tage in der letzten Woche. Bis spät in die Nacht hinein mußte gearbeitet werden, um ja alles recht geschmackvoll und möglichst stark zum Kaufe verlockend herzurichten. Und man muß sagen, es wird bei der Art, wie unsere Geschäftsleute ihre Waren anzubieten verstehen, wahrlich schwer, selbst für den, der nur der Neugierde halber einen Gang durch die Geschäfte macht, sie zu verlassen, ohne einen Einkauf gemacht zu haben. Wir verstehen, wenn wir diese prächtigen Arrangements in den Geschäften betrachten, wenn es die Frauen geradezu magnetisch anzieht, zu kaufen und zu kaufen.

Unsere großen Verkaufshäuser stehen da wieder an der Spitze, sie haben am ersten begriffen, daß es bei dem heutigen verfeinerten Geschmack nicht nur darauf ankommt, daß die Ware möglichst billig angeboten wird, sondern auch darauf, wie, in welchem Rahmen, in welcher Aufmachung sich die Ware dem Kauflustigen darbietet. Die Dekorationskunst ist ein Zweig für sich geworden. Der Dekorateur gehört mit zu den maßgebenden Persönlichkeiten im modernen Warenhause. Ihm gehörten die Tage vor der „Weißen Woche" und man muß es ihnen lassen, sie haben Meisterwerke in ihrer Art geschaffen. Nehmen wir das Modehaus Landauer. Man kann im Tage noch so oft die Kaiserstraße passieren, man muß unwillkürlich einen Augenblick bei der geschmackvollen Aufmachung der Schaufenster verweilen. Da finden wir eine Wüstenlandschaft, durch die eine Karawane zieht, im Hintergrunde grüßen die Pyramiden. Die Karawane befördert ägyptische Baumwolle, die wir im Rohzustande vor uns liegen sehen, zu den Stapelplätzen. In geschmackvoller Anordnung zeigen sich in den anderen Fenstern all die tausenderlei großen und kleinen Bedarfsartikel für die Kleidung und die Wohnung. Alles in weiß. Weiß in weiß zeigt sich auch das Innere des Hauses. Aus Tausenden Taschentüchern, prächtig farbig beleuchtet, sind Gewölbe gebildet, unter denen die Verkäuferinnen in ägyptischer Tracht ihre Waren zum Kaufe anbieten. Das Ganze macht einen äußerst stimmungsvollen Eindruck und ist wirklich sehenswert. — Auch Knopf hat aus dem Raum, der zur Weihnachtszeit dem Spielwarenverkauf diente, eine weiße Halle gemacht, die eines Besuches wert ist. Weite Bogen aus Taschentüchern überspannen den Raum; das als äußere Einfassung verwandte Gelb ergibt mit der prächtigen Beleuchtung ein Bild von schönster Farbenwirkung. Auch die übrigen Verkaufsräume sind schön ausgeschmückt. — Tietz hat im Lichthofe des Baues eine wirkliche riesige Fontäne gebaut, aus Taschentüchern. Riesige Pilze flankieren den ersten Treppenaufgang. Auch hier muß die Aufmachung ebenso originell wie künstlerisch genannt werden. Auch in einzelnen Schaufenstern, z. B. dem großen Eckfenster, können wir wahre kleine Meisterwerke der Dekorationskunst bewundern.

Aber auch die andern Geschäfte — wir nennen nur Burchardt, Voländer, Hertenstein, Spiegel u. Wels, Büchle, Schöpf, Kölsch, die Läden des Rabattsparvereins usf. — stehen hinter den „großen" Brüdern in nichts nach, auch bei diesen kann man Aufmachungen von feinstem Geschmack und gediegenster Eleganz bewundern. Wer Zeit hat, sollte es sich angelegen sein lassen, auch einmal an einem Nachmittag einen Spaziergang durch diese Geschäfte zu machen, es besteht nirgends Kaufzwang; des Lehrreichen und Interessanten wird sich aber dem aufmerksamen Beschauer genug zeigen.

* **Ein Operettenabend in der Festhalle.** Im Inseratenteil der heutigen Nummer ist das Programm für den Operettenabend zu finden, den die Stadt am Mittwoch, dem 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, im großen Festhallesaal veranstaltet. Es soll damit ein Versuch gemacht werden, in die Reihe der städtischen Unterhaltungen in der Festhalle, die vornehmlich aus den Sonntag-Nachmittags-Konzerten — seit neuerer Zeit auch aus den leider immer noch nicht nach Gebühr besuchten Symphonie-Konzerten der Grenadier-Kapelle — bestehen, Darbietungen aus dem Reiche der leichtbeschwingten Muse einzufügen, wie sie besonders u mdie Karnevalszeit in den Städten am Rhein üblich sind. Hanauer Operettenkünstler hat sich die Stadt verschrieben, ein munteres Völklein, das Mannheims „Rosengarten" und so viele andere Stätten ernster und heiterer Kunst schon oft in ein Dorado verwandelte. Was sagte doch vor kurzem eine Mannheimer Zeitung über den dortigen Abend? „Man bekam Altes und Neues in buntem Wirrwarr zu hören, melodiöse Operettenliedchen und faszinierende Tänze, Walzer warens, daß man sich an den Stühlen halten mußte, um nicht mitzutanzen mit denen auf der Bühne. Man freute sich, man lachte, eine Stimmung lag über der Masse, wie man sie sich nicht höher wünschen konnte, und ein Zusammenfühlen zwischen Künstlern und Publikum bestand, daß es eine Art hatte." So soll es auch hier werden. Und wer seine vibrierenden „Untertanen" nicht zu bemeistern versteht, der gehe nach Schluß der Aufführungen in den Kleinen Saal: Dort spielt Meister Bernhagen mit seiner kunstbegeisterten Schar noch einmal all die bezaubernden Weisen zum Tanze auf, die die Heimgegangenen sanft in den Schlaf lullen.

* **Im Residenz-Theater** wird am Donnerstag Herr Reiseschriftsteller Kunde aus Düsseldorf, der in früheren Jahren mehrfach mit großem Erfolg im „Museum" Vorträge veranstaltet hat, einen Filmvortrag über „Das Meer und seine Bewohner" halten, zu dem die Firma Pathé Frères eine große Zahl hochinteressanter kinematographischer Originalaufnahmen hergestellt hat. Diese Filme erlesenster Art und der packende Vortrag haben in vielen Orten starken Beifall gefunden. Die Abendvorführung beginnt um 9 Uhr ohne Preiserhöhung. Nachmittags ½5 Uhr ist Schülervorführung mit gleichem Programm zu ermäßigten Preisen.

* **Diebstahl von 1300 Mk.** In der Nacht zum 3. l. M. wurde einem auswärtigen Geschäftsmann, der morgens in angetrunkenem Zustande auf einer Anlagebank hier aufgefunden wurde, entweder im Freien oder bei einem Zechgelage der Geldbetrag von 1300 Mk. durch einen unbekannten Täter entwendet. Das Geld, das der Bestohlene bei einer hiesigen Sparkasse anlegen wollte, bestand aus 9 Einhundertmarkscheinen, 6 Zwanzigmarkscheinen, 100 Mk. in Zehn- und Fünfmarkscheinen und etwa 200 Mark Gold

Neues vom Tage.

Erdbeben.

Stuttgart, 2. Febr. In Ebingen, Balingen und Hechingen wurde heute nachmittag 4.35 Uhr ein ziemlich starker Erdstoß verspürt, der auch von der Erdbebenwarte in Hohenheim verzeichnet wurde.

Scheckschwindel.

München, 3. Febr. Hier wurde ein großer Scheckschwindel entdeckt. An dem Schalter der Bayerischen Vereinsbank erschien ein gut gekleideter Mann, der einen Scheck über 24 000 Mk. zur Auszahlung präsentierte. Das Papier wurde für echt gehalten und die Summe sofort bar ausbezahlt. Durch eine nachträgliche Rückfrage stellte sich aber heraus, daß der Scheck gefälscht war. Trotz aller sorgfältigen Nachforschungen der Polizei ist es dem Schwindler gelungen, mit dem Gelde zu entkommen.

Sensations-Prozeß.

Straßburg i. E., 2. Febr. Heute begann der Prozeß gegen den Direktor der Augenklinik an der hiesigen Universität, Professor Dr. Schirmer. Die Anklage wirft ihm Vergehen gegen § 174 Abs. 3 des Str.-G.-B. vor, weil er sich an verschiedenen Patienten sittlich vergangen haben soll. Dem Verlauf des Prozesses sieht man mit großer Spannung entgegen.

Mordprozeß gegen den Grafen Mielzynski.

Posen, 3. Febr. Gegen den Grafen Mielzynski, der sich noch immer im Amtsgericht in Grätz befindet, wird, nachdem die Voruntersuchung abgeschlossen ist, von der Staatsanwaltschaft in Meseritz die Anklage erhoben werden. Sie lautet auf Totschlag in zwei Fällen. Die Anklage steht auf dem Standpunkt, daß der Graf die Tat in höchster seelischer Erregung ohne Ueberlegung ausgeführt hat. Die Verhandlung wird vermutlich noch in der in diesem Monat beginnenden Schwurgerichtsperiode stattfinden. Ob die Verhandlung in Meseritz, dem Sitz des zuständigen Landgerichts, oder in Grätz stattfindet, ist noch nicht endgültig bestimmt worden.

Fliegerabsturz.

Paris, 2. Febr. **Nach einer Meldung aus Bourges stürzte heute nachmittag auf dem Flugfelde von Avord der Leutnant Dalvert, der den Hauptmann Riquet als Fluggast an Bord seines Zweideckers hatte, aus beträchtlicher Höhe ab. Beide Offiziere waren auf der Stelle tot.**

Ovation für Professor Ehrlich.

Paris, 2. Febr. Dem hier zu Besuch weilenden Geh. Rat Prof. Ehrlich wurde heute in der Klinik des Gynäkologen Pozzi von etwa 100 Professoren, Aerzten und Studenten eine sehr lebhafte Sympathiekundgebung bereitet. Mehrere Aerzte hoben in längeren Ansprachen die Bedeutung der Salvarsanbehandlung hervor, worauf Geh. Rat Ehrlich in seiner Dankrede betonte, daß seine Methode und seine Ideen in Paris in trefflicher Weise verstanden und angewendet worden seien.

Flug um die Erde.

Neuyork, 2. Febr. **Der Aeroklub kündigt an, daß er einen Flug um die Welt anläßlich der Weltausstellung in San Franzisko genehmigt habe. Der Flug soll in San Franzisko beginnen und binnen 90 Tagen dort wieder endigen. Der Preis wird 100 000 Dollar betragen. Für den Flug ist folgender Weg beabsichtigt: San Franzisko-Neuyork-Belle Isle-Grönland-Hebriden - Edinburgh-London - Paris-Berlin - Petersburg-Moskau - Mandschurei - Korea - Japan - Kamschatka-Beringstraße-Vancouver - San Franzisko.**

Furchtbare Explosion in einer Sprengstoff-Fabrik.

Neuyork, 2. Febr. Eine Katastrophe, die auf eine ganz außergewöhnliche Ursache zurückzuführen ist, hat sich gestern in Sisterville im Staate Virginia ereignet. Hier befinden sich die Werkstätten der Young Torpode Company, deren Speicher zahlreiche Massen von Sprengstoffen enthalten. Gestern fiel ein Meteorstein auf einen Schuppen, in dem sich 500 Liter flüssiges Nitroglyzerin befanden, sodaß unmittelbar darauf eine furchtbare Explosion entstand. Die Erde wurde in einer Tiefe von 100 Meter und in einer Breite von 30 Meter aufgerissen. Sämtliche Gebäude der Fabrik wurden zerstört. Im Umkreise von 50 Kilometer wurden die Fensterscheiben der Häuser zerbrochen. Ein Mann, der in einer Entfernung von einigen Kilometern von der Unglücksstelle sich befand, wurde von umherfliegenden Steinen getroffen und getötet. Sonst sind Opfer an Menschenleben nicht zu beklagen. Dagegen ist der Materialschaden ungeheuer groß.

Die Reichstagsnachwahl im 7. Wahlkreis Offenburg-Kehl.

Offenburg, 3. Febr. Bei der heutigen Reichstagsnachwahl im 7. Wahlkreis Offenburg—Kehl erhielten: Stadtrat Kölsch-Karlsruhe (Ntl.) 9616 Stimmen, Professor Dr. Wirth-Freiburg (Ztr.) 12 259 Stimmen, Redakteur Geiler-Mühlhausen (Soz.) 3032 Stimmen.

Es findet Stichwahl zwischen Professor Dr. Wirth (Ztr.) und Stadtrat Kölsch (Natl.) statt.

Beim 1. Wahlgang am 12. Januar 1912 hatte der damalige Zentrumskandidat Schüler 11 887, der Kandidat der Nationalliberalen, Kölsch, 8965 und der sozialdemokratische Kandidat Monsch 3648 Stimmen erhalten. Es mußte Stichwahl zischen Schüler und Kölsch erfolgen, bei der am 20. Januar 1912 Stadtrat Kölsch mit 12 712 Stimmen gegen Schüler, der 12 704 Stimmen erhielt, siegte.

Es stimmten ab:

	Natl.	Zentr.	Soz.
Bezirk Offenburg	3 028	9 080	1 576
Bezirk Oberkirch	811	2 914	259
Bezirk Kehl	5 777	265	1 197
	9 616	12 259	3 032

Die Hoffnung des Zentrums, den Sieg im ersten Wahlgang zu erringen, haben sich nicht erfüllt, allerdings auch nicht unsere Hoffnungen, wenigstens die alte Stimmenzahl zu behaupten. Allerdings hat man gerade bei dieser Wahl damit rechnen müssen, daß sich das Interesse der breiten Wählermasse den beiden bürgerlichen Kandidaten zuwendet, die eben um die Palme ringen und daß mancher proletarische Wähler, der sonst einen sozialistischen Zettel abgibt, diesmal gleich im ersten Wahlgang Kölsch gewählt hat, dem er gegenüber dem Zentrums-Kandidaten den Vorzug gibt. Dadurch ist auch der Stimmenzuwachs, den Kölsch zu verzeichnen hat, erklärlich. Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß das Resultat für uns keine Enttäuschung gebracht hätte. Bei dem Aufwand an Agitationsmitteln und der Stimmung in den Versammlungen haben wir wenigstens auf 4000 Stimmen gerechnet. Die Stimmenabnahme ist für uns eine ernste Mahnung zu energischer Agitations- und Organisationsarbeit im Kreise.

Für die Stichwahl wird von unserer Partei zweifellos beschlossen werden, die Kandidatur Kölsch zu unterstützen, was sich aus der politischen Lage als selbstverständliche Konsequenz ergibt. Da sich dann aus den Ziffern im ersten Wahlgang für Kölsch eine Majorität von 390 Stimmen ergibt, ist zu hoffen, daß bei energischer Arbeit der Happen der Reaktion nicht zufällt. Das setzt natürlich voraus, daß die beiden interessierten Parteien, Liberale und Sozialdemokraten, auch für die Stichwahl gewappnet sind, denn daß das Zentrum bei der Schlußentscheidung alle Minen sprengen lassen wird, wo es auf jede einzelne Stimme ankommt, ist leicht vorauszusehen. Für uns heißt es jedenfalls: **Rechts steht der Feind! Nieder mit ihm!**

Letzte Nachrichten.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 3. Febr. Im Abgeordnetenhause stand heute die Zentrumsinterpellation über die Ursachen des Grubenunglücks auf der Zeche Minister Achenbach und über die Maßnahmen zur Verhütung derartiger Katastrophen zur Beratung. In Beantwortung der Interpellation führte Handelsminister Dr. Sydow aus: Nach authentischen Berichten sei die Grube täglich von Sicherheitsmännern befahren worden. Schlagwetter seien in den beiden Flözen niemals vorgekommen. Da an der Unfallstelle kein Kohlenstaub vorhanden gewesen sei, so sei auch keine Kohlenstaub-, sondern eine Schlagwetterexplosion vorhanden gewesen. Woher die Schlagwetter gekommen seien, sei nicht aufgeklärt, ebensowenig die Ursache für die Entzündung. Der Sicherheitsmann, der die ganze Strecke begangen hatte habe die Lampen und die Berieselung in Ordnung befunden und Schlagwetter nicht wahrgenommen. Es sei auch festgestellt worden, daß zu der fraglichen Zeit nicht geschossen worden sei. Der Minister schilderte die Sicherheitsmaßnahmen, die die Bergverwaltung zur möglichsten Verhütung von Unfällen getroffen habe und die Vorschriften die erlassen worden seien. Er ging dann auf die vielfach gewünschte Einrichtung der Arbeiterkontrolle ein und stellte fest, daß die Sicherheitsmänner nicht die Erfahrung besitzen wie die höheren Beamten. Sie hätten oft Sicherheitsmängel nicht in dem Maße wahrgenommen, wie die Revierbeamten. Außerdem befürchtete der Minister von der Einführung der Arbeiterkontrolleure ein Hereintragen von politischer Agitation nach untertag. — Der Minister schloß unter lebhaftem Beifall, indem er erklärte, daß die Bergwerksverwaltung Alles tun werde was in ihren Kräften stehe, um den Gefahren des Bergbaues entgegenzuwirken, nicht allein im wirtschaftlichen, sondern vor allem in menschlichem Interesse.

Das neue Luftgesetz.

Berlin, 3. Febr. **Dem Reichstag ist der Entwurf eines Luftverkehrsgesetzes, das vom Bundesrat genehmigt ist, zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung zugegangen.** Der 1. Abschnitt des Entwurfs enthält Verkehrsvorschriften. Danach bedarf jeder, der außerhalb der Flugplätze ein Luftfahrzeug führen will, einen Führerschein. Auch die Luftfahrzeuge selbst bedürfen eines behördlichen Zulassungsscheines. Aufstiegs-, Landungs- und Flugplätze dürfen nur mit Genehmigung der Behörden angelegt werden. Ebenso bedarf die gewerbsmäßige Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrzeuge der behördlichen Genehmigung. Im 2. Abschnitt wird die Haftpflicht der Luftfahrzeugsbesitzer behandelt. Der 3. Abschnitt enthält Strafvorschriften.

Erledigtes Reichstagsmandat.

Berlin, 3. Febr. **Der Reichstagsabgeordnete Gymnasialdirektor Dr. Preuß aus Braunsberg (Ztr.) ist in der vergangenen Nacht im St. Ursulastift in der Lindenstraße infolge eines Herzschlags gestorben.** (Der Kreis ist sicherer Zentrumsbesitz D. Red.)

Kardinal Kopp berichtigt.

Paderborn, 3. Febr. Das „Westfälische Volksblatt" verbreitet folgendes Extrablatt: Herr Kardinal Kopp hat gestern zur Berichtigung seines Briefes an den Grafen Oppersdorf folgende öffentliche Erklärung abgegeben: Breslau, 2. Febr. 1914. Bei dem Vergleich der Akten des Herrn Bischofs von Paderborn mit den meinigen hat sich ergeben, daß ich der mir nur zur Kenntnisnahme am 20. Nov. 1912 eingesandten Interpretation am 21. Nov. 1912 freiwillig beigepflichtet habe und daß ich aus freier Entschließung am 22. Nov. dem Bischof von Paderborn gegenüber sie als eine solche bezeichnete, von der die Gewerkschaftsführer in Essen erklären konnten, sie wüßten sich in Bezug auf sie in Uebereinstimmung mit den Bischöfen. Bei dieser Sachlage erkannte ich nachträglich, daß mein Brief an den Herrn Bischof von Paderborn vom 1. Dez. 1912 nicht jene Bedeutung haben konnte, die ihm in meinem Briefe an den Herrn Grafen von Oppersdorf beigelegt worden ist. Es hätte einer Zurückweisung meiner Entschließung vom 22. Nov. vor dem Episkopat als solchen bedurft. Ich kann versichern, daß ich mit meinem Brief an den Grafen von Oppersdorf den Herrn Bischof von Paderborn in keiner Weise habe verletzen noch in irgendwelche Ungelegenheiten habe bringen wollen. Kardinal Kopp.

Vom Balkan.

Valona, 3. Febr. Die Internationale Kontrollkommission hat als zuständige höhere Instanz das Urteil des Kriegsgerichts in dem Hochverratsprozeß gegen Bekir Aga und Gen. in vollem Umfange bestätigt. Angesichts des Umstandes jedoch, daß der neue Souverän, an den sich Bekir Aga mit einem Gnadengesuch wenden könnte, Albanien noch nicht betreten hat, hat die Kontrollkommission den Vollzug der Todesstrafe an Bekir Aga vorläufig aufgeschoben.

Belgrad, 3. Febr. Nach den amtlichen Berichten sind bei den Gemeindewahlen in 922 Gemeinden die Altradikalen, in 343 die Jungradikalen, in 114 die Nationalisten, in 86 die Fortschrittler und in 15 die Sozialisten gewählt worden. Aus 40 Gemeinden stehen die Walhergebnisse noch aus.

Vom finnischen Landtag.

Helsingfors, 3. Febr. Zum Präsidenten des finnischen Landtages wurde der frühere Senator Stalberg, ein gemäßigter Jungfinne, gewählt, zum Vizepräsidenten der Sozialdemokrat Tokoi und der Altfinne Ingmann.

Große Frauenwahlrechts-Demonstration.

Washington, 3. Febr. Zirka 10 000 Suffragetten manifestierten gestern vor dem Weißen Hause und verlangten das Stimmrecht. Präsident Wilson, der auf einem Balkon erschienen war, hielt eine Ansprache, in der er versicherte, daß er ihre Sache zwar vertreten wolle, daß er ihnen Bestimmtes jedoch nicht versprechen könne.

Briefkasten der Redaktion.

J. H. U. Der nächstfolgende Kandidat rückt ohne weiteres in die Reihe der Bürgerausschußmitglieder ein und darf auch am Freitag wählen.

Vereinsanzeiger.

Zeuthern. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 7. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Ritter" Versammlung mit Vortrag des Genossen Abele-Karlsruhe über das Thema „Reichsversicherungsordnung". Hierzu sind die Mitglieder, Parteifreunde und Volksfreundleser eingeladen und ersuchen wir um pünktliches Erscheinen. 6987

WEISSE WOCHE!

In unserer Spezial-Abteilung **Knaben- und Jünglings-Bekleidung** verkaufen wir während dieser Woche: 7085

Unseren ganzen Vorrat **Knaben-Wasch-Anzüge** farbig und weiß

früher bis ℳ	Serie I 3.20	Serie II 5.50	Serie III 7.00	Serie IV 10.50	Serie V 14.50
jetzt ℳ	1.95	3.25	4.75	7.25	9.75

Unseren ganzen Vorrat **Knaben-Wasch-Blusen** farbig und weiß

früher bis ℳ	Serie I 1.60	Serie II 2.75	Serie III 4.50	Serie IV 6.00	Serie V 8.50
jetzt ℳ	—.95	1.75	2.75	3.95	5.25

Unseren ganzen Vorrat **Knaben-Schul-Anzüge** (Waschstoffe) Sport- und Joppen-Fassons.

früher bis ℳ	Serie I 5.50	Serie II 7.50	Serie III 11.50	Serie IV 18.00
jetzt ℳ	3.50	4.75	6.75	9.75

Doppelte Rabattmarken. **SPIEGEL & WELS** Doppelte Rabattmarken.

Spezial-Abteilung Knaben- und Jünglings-Bekleidung. Kaiserstrasse Nr. 74.

Doppelte Rabattmarken bis Schluß dieser Woche

im **Kaffee-Geschäft Gebr. Kayser**

Filialen in Karlsruhe: **Kaiserstrasse Nr. 229** (Ecke Hirschstrasse).
Kaiserstrasse Nr. 113 (Ecke Adlerstrasse, im Hause des Herrn Küter).

7047

Städtische Festhalle Karlsruhe.

Großer Saal.

Mittwoch den 11. Februar, abends 8 Uhr

Operetten-Abend.

Soli, Duette, Terzette und Ensemble-Szenen aus den beliebtesten nnd neuesten Operetten.

Mitwirkende: Die Damen: **Cilli Schönberger, Else Trauner, Elise Weißbach;** die Herren: **Eugen Hietel** und **Mathias Meyers,** vom Stadttheater Hanau a. M. (Direktion: Herr **Adalbert Steffter**).

Orchester: Die Kapelle des Bad. Leib-Grenadier-Regiments, Leitung: Herr Musikmeister **Walter Bernhagen.**

Dirigent der Gesangsnummern: Herr Kapellmeister **Karl Weißkopff** vom Stadttheater in Hanau a. M.

Regie: Herr Direktor **Adalbert Steffter.**

Programm.

1.*) Orchester: „Gesunde Rasse", Marsch a. d. Operette „Die kleine Freundin" (Neu!) . . . . . O. Strauß
2.*) Orchester: Ouverture zur Operette „Die Fledermaus" . . . . . J. Strauß
3. Frl. **Else Trauner** und Herr **Eugen Hietel:** Duett a. d. Operette: „Grigri" (in Kostüm) . . . Linke.
4. Frl **Elise Weißbach** u. Herr **Mathias Meyers:** „Das Schloßgespenst", Duett a. d. Operette „Miß Dudelsack" (in Kostüm) . . . . . Nelson.
5. Frl. **Elise Weißbach** u. Herr **Mathias Meyers:** „O du my darling", Duett a. d. Operette „Miß Dudelsack" in Kostüm . . . . . Nelson.
6. Frl. **Cilli Schönberger:** Lied der Saffi a. d. Operette: „Der Zigeunerbaron" (in Kostüm) . . Strauß.
7. Frl. **Else Trauner** und Herr **Eugen Hietel:** „Puppchen-Duett" a. d. Gesangsposse „Puppchen" (in Kostüm) . . . . . Gilbert.
8.*) Orchester „Die kleine Freundin", Walzer a. der gleichnamigen Operette . . . . . O. Strauß
9. Herr **Mathias Mayers:** „In der Nacht, wenn die Liebe erwacht", a. d. Operette „Die Kinokönigin" . . . . . Gilbert.
10. Frl. **Else Trauner** und Herr **Eugen Hietel:** „Haben wir uns nicht schon mal kennen gelernt?" Duett a. d. musikalischen Schwank „Filmzauber" . Kollo.
11. Frl. **Cilli Schönberger** und Herr **Mathias Meyers:** „Das Lied vom Lecherl" a. d. Operette „Hoheit tanzt Walzer" (in Kostüm) . . . . . Ascher.
12.*) Orchester: „Ach Amalia!" Tanzduett a. d. Operette „Die Kino-Königin" . . . . . J. Gilbert.
13. Frl. **Elise Weißbach** u. Herr **Mathias Meyers:** Duett a. d. Operette „Ein Walzertraum" (in Kost.) Strauß.
14. Frl. **Else Trauner** und Herr **Eugen Hietel:** „Untern Linden", Marsch aus dem musikalischen Schwank „Filmzauber" (in Kostüm) . . . . . Kollo.
15.*) Orchester: Potpourri a. d. Operette „Der fidele Bauer" Fall.
16. Herr **Mathias Meyers,** die Damen **Schönberger** und **Weißbach:** Terzett a. d. Operette: „Die geschiedene Frau" . . . . . Fall.
17. Frl. **Else Trauner** und Herr **Eugen Hietel:** „Kind, ich schlafe so schlecht", a. d. musikalischen Schwank „Filmzauber" (in Kostüm) . . . . . Kollo.
18. Herr **Mathias Meyers:** Coupleteinlage a. d. Operette „Die Schützenliesl" . . . . . Eysler.
19. Herr **Eugen Hietel** und Frl. **Elise Weißbach:** „Heut gehn wir garnicht erst ins Bett", Duett aus der Gesangsposse „Puppchen" . . . . . Gilbert.
20. Frl. **Cilli Schönberger:** Auftrittslied der Prinzessin aus der Operette „Hoheit tanzt Walzer" . Ascher.
21.*) Orchester: Walzer a. d. Revue: „In 40 Tagen um die Welt" . . . . . J. Gilbert
22. Frl. **Cilli Schönberger** und Herr **Mathias Meyers:** „Und der Himmel hängt voller Geigen", aus der Operette „Der liebe Augustin" . . . . . Fall.
23. Frl. **Else Trauner** und Herr **Eugen Hietel:** „Teddy Bär", Tanzduett a. d. musikalischen Schwank „Filmzauber" (in Kostüm) . . . . . Kollo.
24.*) Orchester: „Mit klingendem Spiel", Marsch . . Translateur.

Die mit *) versehenen Nummern werden von dem Orchester allein gespielt.

Aenderungen vorbehalten.

Nach den Aufführungen Tanz-Unterhaltung im kleinen Saal.

Musik: Die Leibgrenadier-Kapelle.

Während des ganzen Abends Wirtschaftsbetrieb (Bierausschank).

Eintrittspreis: Abonnenten des Stadtgartens, Kartenheft-Inhaber und sonstige Personen 1 Mark.

Kinder haben keinen Zutritt.

Kartenvorverkauf vom 7. Februar an bei den Hof-Musikalienhandlungen Fr. Doert, Kaiserstr. Nr. 159, Telef. Nr. 638, und Hugo Kunz, Inhaber Kurt Neufeldt, Kaiserstr. 114, Telef. Nr. 1850, den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiser-Passage Nr. 2, Telef. Nr. 1988, und Franz Tafel, Kaiserstraße Nr. 82a Telef. Nr. 1647, ferner im Kiosk des Verkehrs-Vereins beim Hotel Germania und an der Schalterkasse des Stadtgartens.

Am Aufführungsabend (von 7 Uhr an) Kassen in den beiden Anbauten auf der West- und Ostseite der Festhalle.

Eingang zum Saal und zur oberen Galerie durch die Anbauten.

Programm für die Aufführungen zu 10 Pfg an den Eingängen.

Schluß des Abends 1 Uhr.

Straßenbahnverbindung nach und von der Festhalle bis 1 Uhr nachts. 7078

Umfarbeiten von Betten u. Polstermöbeln werden am besten und billigsten besorgt im Polster-Geschäft R. **Köhler,** Schützenstr. 25. 3707

Ver. neues Vertiko m. Spiegel 82 Mk., Bett 15 Mk., Waschkommode 12 Mk., Waschtisch 8 Mk., Sofa 16 Mk 7025 **Ludwig-Wilhelmstr. 18,** Hof.

Sängerbund Vorwärts

18 90

Karlsruhe

Sonntag, den 8. Februar ds. Js., nachmittags 4 Uhr 11 Minuten beginnend, in den durch 25 000 Bogenlampen beleuchteten und mit Humor durchschwängerten Sälen der **„Walhalla"**, Augartenstr. 27

Große

Damen- u. Fremden-Sitzung.

Auftreten der besten und ersten mit Glorienschein beschatteten

Bütten-Redner und -Rednerinnen.

Großer pompöser närrischer Aufzug des „Rats" 4 Uhr 31 Minuten.

Eintritt für Mitglieder und Angehörige **frei,** Nichtmitglieder Eintritt **20 Pfg.,** wird an den Eingängen abgenommen.

Hierzu laden wir unsere närrischen Mitglieder, sowie alle Narren zu zahlreichem Besuche freundlichst ein.

7076 **Der 11er Rat.**

NB. **Närrische Kopfbedeckung** und **Liedertexte** obligatorisch und am Eingang erhältlich.

1 Kinderliegwagen, 1 Klappsportwagen, 1 gr. Petroleumlampe gut erhalt., billig zu verkaufen **Wielandtstraße 18,** 3. Stock

Kinderwagen, gut erhalten, billig abzug. **Luisenstraße 71,** 5. Stock.

Während der **„Weissen Woche"** gebe auf sämtliche **Herrenanzugstoffe, Ulsterstoffe, Paletotsstoffe, Kostümstoffe, Hosenstoffe**

15% Rabatt

Günstige Gelegenheit **für Kommunikanten und Konfirmanden.** 7044

Arthur Baer

Kaiserstrasse 133, 1 Treppe hoch, Eingang Kreuzstrasse bei der kleinen Kirche.

Limburgerkäse

per Laib **40** Pfg., empfiehlt

Alois Zanetti, Karlsruhe, Kaiserstraße 64.

— **Telephon 2107.** — 7086

Billig zu verkaufen.

8 schöne gute Betten, halbfranz. und mit hoh. Haupt, leere Bettstellen von Mk. 5.— an, Bettstellen m. Rost von Mk. 8.— an, Federbetten, Matratzen, eiserne Betten, 4 pol. Chiffonniere, ein- u. zweitür. Schränke, Vertikods, Waschkommoden, mit und ohne Spiegelaufsatz, Tische, Diwane, ca. 40 Stühle, darunter mit hoher Lehne Mk. 1.— bis 5.—, Nachttische, Nähtische, sowie sonstige Möbel aller Art, ferner Spiegel in allen Größen, schöne Bilder 2c., ist alles **billig zu verkaufen.**

D. Gutmann,
Rudolfstraße 12. 7033

Maskenkostüme billig zu verkaufen oder zu verleihen: 2 Holländer (sehr fein), 1 Soubrette (chik), 1 Cowboy (für Damen), 1 Tiroler (für Herrn), 1 Clown (Pierrot), alles neu ein feines Ballkostüm. **Schneider,** Kaiserstr 17 V. 7081

Verkaufe fortwährend gut erhalt. **Herren- und Frauen-Kleider,** gut gemachte **Schuhe, Stiefel** in eigener Schuhmacherwerkst. 3970 **Frau Streckfuß** Durlacherstraße 79.

Verkauf v. Straßenkehrricht

Der bei der Straßenreinigung sich ergebende Kerricht wird um den Preis von 8.= Mk. für die Wagenladung abgegeben. Innerhalb der Stadt erfolgt, soweit möglich, freie Zufuhr. Auswärtige Besteller haben für die Abholung aus dem Bauhof Krieg-Straße 2 selbst Sorge zu tragen. Anmeldung und Auskunftserteilung: Rathaus III. Stock. Zimmer 116. 7082

Karlsruhe. 29. Januar 1914.
Städtisches Tiefbauamt.

Am 1. Februar begann der Ausstoß unseres rühmlichst bekannten und beliebten Frühlings-Starkbieres

„Jubilator"

Der Stoff ist vorzüglich geraten, und laden wir zum baldigen Bezug in Flaschen und Fässern höflichst ein, da nur beschränktes Quantum zur Ausgabe gelangt. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Achtungsvoll 7041

Brauerei Eglau A.G.

Durlach.

Metropol-Kino

Schillerstrasse 22.

Nur bis mit Freitag:

Denn die Elemente hassen...

Tragödie der Erfindung des Fernseh-Telephons.

Ungemein spannendes Drama in 3 gross. Akten.

Hauptpersonen: Mitglieder des Lessing-Theater in Berlin und Aarhus Statsunderstöttede Theater.

Familie Hertenstein.

Grosses Lustspiel in 2 Akten und der übrige Spielplan.
7084

Das gleiche Programm in den

Lichtspielen.

Herrenstrasse 9/11.

Was ist die grosse Woche? Wann und wo ist die grosse Woche?

Pfannkuch & Co

Zur Fastnachtsbäckerei empfehlen

Schweine-schmalz

garantiert rein deutsches
Pfd. **75** u. **82** ₰

Pflanzen-Margarine
Ia. gelb Pfund **65** ₰

Cocosschmalz
Ia. weiß Pfund **67** ₰

Margarine
„Pfanko" Pfund **72** ₰
„Esbu" Pfund **95** ₰
der beste Buttererfatz

Backöl 7090
Liter **80** ₰

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekannten Verkaufsstellen

Lieg- u. Sitzwagen, gut erh., 1 ältere **Nähmaschine** billig zu verkaufen. **Anc**, Adlerstr. 20 III.

Residenz-Theater
KARLSRUHE
Waldstr. 30

PROGRAMM

Der Weg des Lebens

Drama in 3 Akten.

Ausgeführt von der Messter-Film G. m. b. H. Berlin. 7080

In der Hauptrolle:

Henny Porten

Außerdem noch eine Fülle Humoresken, sowie Aufnahmen aus der Natur Reisen, Aktualitäten u. s. w.

„Weisse Woche"

In allen Abteilungen
grosse Posten Waren zu

Extra-Preisen!

Handschuhe

Damen-Handschuhe weiss, 12 Knopf . . . . Paar 1.35 1.— 75 **55** ₰
Damen-Handschuhe weiss Seide . . . . . Paar 3.50 2.95 2.25 **1.75**
Damen-Handschuhe Paar 1.35 95 75 **45** ₰
Herren-Handschuhe Paar 1.60 1.35 1.25 **95** ₰
Kinder-Handschuhe Paar 85 75 65 **45** ₰

Strümpfe

Damen-Strümpfe flor bestickt und flor schwarz . . . Paar 1.70 1.50 1.25 **95** ₰
Damen-Strümpfe reine Wolle gewebt u. gestrickt schwarz und farbig . Paar 1.80 1.45 1.10 **95** ₰
Herren-Socken Wolle plattiert, gestrickt . . Paar 75 58 38 **34** ₰
Herren-Socken reine Wolle gestrickt u. Kamelhaar Paar 1.75 1.30 1.10 **95** ₰
Kinder-Strümpfe Wolle plattiert, schwarz und lederfarbig

Grösse	1	2	3	4	5	6	7	8
Paar	40	48	55	60	65	70	75	80 ₰

Trikotagen

Beste Qualitäten! Beste Qualitäten!

Ein Posten Herren-Normal-Hemden Vorder- und Achsel-Verschluss Stück	Ein Posten Herren-Einsatz- und Macco-Hemden Stück	Ein Posten Herren-Normal- und Macco-Hemden mit u. ohne Einsatz Stück	Ein Posten Herren-Unterhosen, Macco und gefüttert Stück	Ein Posten Herren-Unterhosen, Macco, beste Qualität Stück	Ein Posten Herren-Unterhosen, Normal und Macco Stück	Ein Posten Herren-Normal-Unterjacken beste Qualität Stück
1.25	1.90	2.90	1.45	1.90	2.45	1.45

Corsett

Drell-Corsett mit Spiralfed. jetzt **95** ₰
Corsetts, lange Form, versch. Ausführung . . . . . jetzt **1.85**
Corsetts, besonder elegant, mit Strumpfhalter . . 5.75 **4.90**

Corsett Direktoirfasson mit od. ohne Strumpfhalter hervorrag. preiswert 2.80 **2.25**

Weiße Schürzen

Zier-Schürzen mit Träger 2.20 1.75 1.25 **95** ₰
Zier-Schürzen ohne Träger 1.95 1.45 **95** ₰
Engl. Servier-Schürzen 2.20 1.45 **1.10**
Kinder-Schürzen 1.95 1.45 **95** ₰

Kurzwaren

Wäsche-Feston 10 m Stücke 95 75 48 **38** ₰
Wäsche-Bördchen 10 m Stücke 90 75 60 **48** ₰
Perlmutter-Knöpfe, 2 Loch 2 Dutzd. 45 30 20 **15** ₰
Perlmutter-Knöpfe, 4 Loch 1 Dutzd. 32 25 22 **16** ₰

Bettfedern-Sorten

M 1.60
M 2.25
M 2.75

Daunenreicher Landrupf I **3.25**
Daunenreicher Landrupf II **3.50**
Daunenreicher Landrupf III **3.75**

Ich bitte für die Einkäufe möglichst die Vormittage zu benützen.

Taschentücher

Taschentücher, weiss mit bunt. Kante 1/2 Dtz. 50 **40** ₰
Batist-Taschentücher weiss . . . 1/2 Dtz. 65 **48** ₰
Damen-Taschentücher in Karton. mit handgestickt. Ecke 3 St. 95 **45** ₰
Taschentücher mit handgestickten Buchstaben 1/2 Dtz. 2.65 1.80 **1.25**

Aussteuerhaus

Hugo Landauer

Kaiserstrasse, Ecke Lammstrasse.

Pfannkuch & Co

Zur Fastnachtsbäckerei empfehlen

Mehl

garantiert aus nur süddeutschen Mühlen
O-Mehl 5 Pfd. **90** Pfg.
I-Mehl 5 Pfd. **85** Pfg.

Feinstes 7065
Blüten-Mehl
in rotgestreiften Handtuchsäckchen
5 Pfd-Säckchen Mk. **1.—**
10 Pfund-Säckchen Mk. **1.95**

Extra-feines
Konfekt-Mehl
in blaugestreiften Handtuchsäckchen
5 Pfund-Säckchen Mk. **1.10**

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekannten Verkaufsstellen.

Schlafzimmer

wenig gebraucht, Nußbaum poliert, mit großem Spiegelschrank, Röste und Matratzen, wird für 350 Mk. abgegeben.
Waldstr. 22, Möbelhaus

Arbeitsvergebung.

Für die **Um- u. Erweiterungsbauten der städt. Straßenbahn** sollen die nachstehenden Arbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden:

Schreinerarbeiten u. Schlosserarbeiten

Die Zeichnungen und Bedingungen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstr. Nr. 8, Eingang Zähringerstraße, 2. St., Zimmer Nr. 171, eingesehen bezw. abgeholt werden.

Die Angebote sind bis
Mittwoch, 11. Februar d. Js., vormittags 11 Uhr,
dem Schluß der Ausschreibung, daselbst einzureichen. 6953

Karlsruhe, den 28. Jan. 1914.
Städt. Hochbauamt.

Eis. Kinderbettstelle m. Matr. 12 Mk., guter kleinerer Schlosserherd 15 Mk., schön. gedeckt. Gasherd mit eis. Tisch zus. 10 Mk., saub., pol. Bettstelle m. Rost u. Matratze 18 Mk., weiß. Waschtisch 4 Mk., Chiffonnier, Vertiko, Plüschdiwan, Rokoko-Damen-Maskenkostüm 4 Mk., Knaben-Gigerlanzug f. 6 jähr. 2 Mk., mod., dunkelblaues Jackenkostüm auf Seide Gr. 44—46, z. 12 Mk., Kostümrock, mod. Damenmantel für starke Figur. 7061
Adlerstraße 17, 1 Treppe.

---

2 Betten

wenig gebraucht, 2 polierte hochhäuptige Bettstellen, 2 Röste, 2 Schoner, 2 dreiteil Matratzen, 2 Polster, werden für 135 Mk abgegeben. 6997
Waldstraße 22, Möbelhaus

Halb geschenkt

bis 1. April wegen Ladenaufgabe
Ueberzieher, Ulster von Mk. **3.00** an
Anzüge . von Mk. **5.00** an
sowie einzelne Sachen und Damen-Kleider, Wäsche, Schuhe usw. 7014

spottbillig.
Fridenberg, Markgrafenstraße Nr. 17